

Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen

BEKANNTMACHUNG

zur 34. Sitzung / 17. WP der Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen
am Donnerstag, 19.12.2019, 18:00 Uhr
im Bürgerhof Katzenfurt

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Mitteilungen und Anfragen
4. Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2020
5. Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach
6. Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis
7. 1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung
8. Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Ehringshausen, 06.12.2019

Rainer Bell
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen

NIEDERSCHRIFT- ENTWURF

der 34. Sitzung / 17. WP der Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen
am Donnerstag, 19.12.2019, 18:03 Uhr bis 19:04 Uhr
im Bürgerhof Katzenfurt, Sitzungssaal

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Mitteilungen und Anfragen
4. Haushalt 2020 (VL-6/2019)
5. Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach (VL-5/2019)
6. Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis (VL-4/2019)
7. 1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung (VL-20/2019)
8. Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben (VL-21/2019)

Sitzungsverlauf

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/-innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes sowie Herrn Heiland von der Wetzlarer Neuen Zeitung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

3. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende teilt mit, dass

- a) ... man die folgenden Sitzungstermine, jeweils wie üblich ab 19.00 Uhr, der Gemeindevertretung für das erste Halbjahr 2020 festgelegt habe. Am 30.01.2020 berate und beschließe man voraussichtlich, wie angekündigt, den Haushalt 2020. Folgend tage man am 12.03.2020 im DGH in Niederlemp. Die dann folgende Beratung finde am 30.04.2020 in der Volkshalle Ehringshausen statt. Am selben Ort treffe man sich dann am 18.06.2020.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... der Resolution zur Erhaltung der Geburtsstation des KAVK in Ehringshausen gefolgt sei und hier eine erste Stellungnahme der angesprochenen Stellen erhalten habe. Dies sei die Landesärztekammer Hessen gewesen, deren Schreiben er dem Protokoll an Anlage beilegen werden. Eine Antwort aus den Reihen der Politik lasse bis dato auf sich warten.
- b) ... am 26.11.2019 in der Volkshalle eine Startveranstaltung zum Thema „Ehringshäuser Dialog für eine nachhaltige Lebensweise“ stattgefunden habe. Aus der sehr gut besuchten Veranstaltung heraus seien vier Arbeitsgruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten entstanden. Im März oder April 2020 lade man das Gesamtplenium erneut ein, um die Ergebnisse dieser Gruppen zu besprechen. Er betone ausdrücklich den Wunsch aller Beteiligten, dass sich die Politik von Anfang an hieran ebenso beteiligen möge.
- c) ... zum Thema Eigenbewirtschaftung des Gemeindewaldes einen aktuellen Sachstand weiterzugeben gäbe. Man überschreite den Ansatz für die Fremdleistung wegen des kurzfristigen und unerwarteten von Unternehmern in der Holzernte deutlich. Aus unterschiedlichen Gründen habe man schnell solche Unternehmen finden können. Die Verkaufserlöse erschienen aber erst 2020 in den Büchern. Das Budget 2019 überschreite man um rund 90.000,- €. Trotzdem habe man noch immer einen Überschuss von rund 50.000,- € im entsprechenden Teilhaushalt. Der Vorrat erhöhe sich um gut 150.000,- €. Die eigene Abwicklung des Holzverkaufes habe rund 40.000,- € gespart. Trotz Holzmarktlage und Klima könne man ein positives Fazit des ersten Jahres in Eigenverantwortung ziehen.

- d) ... die Revision des LDK Mitte Januar mit den Jahresabschlussprüfungen der Jahre 2017 und 2018 beginnen werde.
- e) ... man Eigentümer ohne Wasseruhrenfunkzähler angeschrieben und gebeten habe die Zählerstände bis spätestens 03.01.2020 weiterzugeben. Gut die Hälfte dieser rund 1.000 Fälle habe dies auch bereits getan. Die automatische Auswertung der vorhandenen Funkzähler erfolge am 02.01.2020.
- f) ... in der Sitzung im Oktober die SPD und FWG einen gemeinsamen Antrag zur Bauhofsoftware „Dinob“ gestellt hätten. Den angeforderten Bericht habe er nun vorliegen und werde ihn im Wortlaut als Anlage an das Protokoll beifügen.

Anfragen:

- a) Gemeindevertreter Gohl fragt an, ob es Nachnutzer für den REWE-Markt in Katzenfurt gäbe.

Bürgermeister Mock teilt mit, dass die beiden Bestandsgebäude abgerissen würden und es wohl Interessenten einer Nachfolge, wohl auch aus der Lebensmittelbranche, gäbe.

- b) Gemeindevertreter Koch gibt an, dass es jüngst zu den ersten Schneefällen des Winters gekommen sei und in Ichelhausen keine Räumung stattgefunden habe. Die Straße müsse man als gefahrengeeignet einstufen. Er frage an, was hier schiefgelaufen sei.

Bürgermeister Mock gibt an, auch aus der Bevölkerung viele Anfragen deswegen erhalten zu haben. Es sei zu ungeplanten Ausfällen von Maschinen und Geräten gekommen, die einen Einsatz dann verhindert hätten.

Der Vorsitzende bittet um eine umfassende Klärung, da man hier eigentlich nagelneue Fahrzeuge in den Einsatz schicken könne. Er werde wärmstens dafür beim nächsten Schneeeignis dann vorbereitet und präsenter zu sein, als in diesem Fall.

- c) Gemeindevertreter Hohn verweist auf den jüngst stattgefundenen nächtlichen Stromausfall. Er frage an, ob es hier weitere Informationen gäbe.

Bürgermeister Mock bestätigt einen Kontakt mit „Energienetz Mitte“ zu dem Vorfall. Zwischen 00.30 und 02.00 Uhr habe es diesen Stromausfall gegeben, der nicht nur Ehringshausen betroffen habe. Ursächlich sei ein Kabelschaden gewesen, den man nun repariere. Strom laufe bis dahin über eine Übergangslösung problemlos.

4. Haushalt 2020

VL-6/2019

Auf die Verwaltungsvorlage vom 21.11.2019 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock hält folgend seine Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes 2020, die dem Protokoll im Wortlaut als Anlage beigefügt ist.

Beschluss:

Es erfolgt die Einbringung – KEIN Beschluss

5. Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach

VL-5/2019

Auf die Verwaltungsvorlage vom 21.11.2019 wird verwiesen.

Haupt- und Finanzausschuss befürwortet den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach zur Freiwilligen Feuerwehr „Ehringshausen/Nord“ zum 01.01.2020.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

6. Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis

VL-4/2019

Auf die Verwaltungsvorlage vom 20.11.2019 wird verwiesen.

Der Vorsitzende verweist auf die zum Thema erfolgten regen Ausschlussdiskussionen, die zu einigen Änderungen geführt hätten. Diese lägen den Gemeindevertretern als Tischvorlage nun vor und seien in den heutigen Beschlussvorschlag eingearbeitet worden.

Haupt- und Finanzausschuss befürwortet den Beschluss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis in der Fassung der anliegenden Entwürfe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

7. 1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung

VL-20/2019

Auf die Verwaltungsvorlage vom 05.12.2019 wird verwiesen.

Der Vorsitzende erläutert einleitend den Hintergrund der Vorlage bzw. der Satzungsänderung. Im Kern sei rechtlich die Möglichkeit geschaffen worden notwendige Pkw-Stellplätze durch solche für Fahrräder „umzumünzen“ und dann dergestalt wirksam nachzuweisen.

Bürgermeister Mock berichtet, dass seiner und der Auffassung des Gemeindevorstandes nach eine solche Regelung im ländlichen Raum obsolet sei und man daher dessen Ausschluss befürworte.

HuF dafür und BuU auch dafür.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

8. Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

VL-21/2019

Auf den Antrag des Vorsitzenden vom 05.12.2019 wird verwiesen.

Der Vorsitzende erläutert einleitend den Hintergrund bzw. die Beweggründe seines Antrages. Die Anerkennung des Plädoyers zeige nach außen, dass man als Gemeindevertretung Ehringshausen gegen jede Art von Demokratiefeindlichkeit, sowie gegen Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung eintrete und deswegen klar Flagge zeige. Dies gelte ganz selbstverständlich und ausdrücklich auch für den internen Umgang der Mandatsträger untereinander. Er rate gerade in den sozialen Netzwerken dazu, wach und bewusst zu bleiben bei der Unterstützung dort gemachter Aussagen. Hier könne eine im Ergebnis dann missverständliche Aussage schnell nur einen einzigen Click entfernt sein. Er werbe um eine breite Unterstützung, um das Signal klar und deutlich zu geben.

Gemeindevertreter Koch signalisiere die Zustimmung der SPD-Fraktion und begrüße den gemachten Antrag und die Intention dahinter. Ihm liege es am Herzen, dass der Beschluss nicht bloß ein Lippenbekenntnis werde, sondern ein jeder sich und sein Verhalten reflektiere und sich die besagten Grundsätze zur eigenen Richtschnur des Handelns mache.

Gemeindevertreter Henrich erinnert folgend an die aktive Zeit der NPD im kommunalen politischen Spektrum der Gemeinde. Damals habe er unter anderem sogar Todesdrohungen gegen seine Familie erhalten und nach langer Abwägung schweren Herzens die Gemeindevertretung verlassen. Von manch anderer Seite sei die NPD hofiert worden. Was damals passiert sei, soll nie wieder so geschehen. Daher begrüße auch er den Antrag.

Gemeindevertreter Bender signalisiere die Zustimmung auch der CDU-Fraktion. Auch er wünsche sich das aktive Ausleben der beschriebenen Werte.

Der Vorsitzende zieht folgend im Großen und Ganzen eine positive Bilanz der Parlamentsarbeit des Jahres 2019. Wichtig sei ihm, dass sich jeder darüber gewiss sei oder werde, dass man ein essenziell wichtiges Thema vor sich herschiebe. Dieser „dicke Brocken“ genannt „Zukunft der Straßenausbaubeiträge“ müsse möglichst bald entschieden werden.

Weihnachtliche Besinnlichkeit sei kein Selbstläufer, sondern bedingte den guten Willen und das Herzblut eines jeden Einzelnen. Er wünsche den Anwesenden frohe und gesegnete Weihnachtsfeiertage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr 2020. Er lädt abschließend zum Jahresabschlussessen ein.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ beizutreten.

Der Vorsitzende wird beauftragt, dieses Plädoyer im Namen der Gemeindevertretung Ehringshausen zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

Vorsitzender der Gemeindevertretung Rainer Bell schließt die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen um 19:04 Uhr und bedankt sich bei den Mitgliedern für Ihre Teilnahme.

Ehringshausen, 20.12.2019

Vorsitzender der
Gemeindevertretung

Rainer Bell

Schriftführer

Daniel Rumpf

Beantwortung des gemeinsamen Antrags der Fraktionen FWG und SPD vom 04.10.2019;

Prüfantrag Effizienz der Bauhof-Software

Anlage zum Protokoll der Gemeindevertretung vom 19.12.2019

1. *Wie effizient ist die Software hinsichtlich der folgenden Aspekte:*

- *Erteilen von Aufträgen aus der Verwaltung an den Bauhof*

In der Vergangenheit wurden Aufträge an den Bauhof auf unterschiedlichsten Wegen erteilt (Handy, Schmierzettel, E-Mail...). Dies führte immer wieder dazu, dass Aufträge verloren gingen und die Absender der Aufträge auch nicht über den aktuellen Stand der Ausführung informiert waren.

Durch die Einführung eines Kunden-Auftragsmoduls in der Bauhof-Software wird zunächst erreicht, dass die Auftragserteilung nur noch über einen einzigen Kanal erfolgt. Jeder Auftrag erhält bei Erfassung eine eindeutige ID, die Absender der Aufträge können über das Modul den aktuellen Status ersehen (angefragt, angenommen, abgelehnt, in Bearbeitung, abgeschlossen).

- *Planung und Verwaltung von Aufträgen durch den Bauhof (z. B. Reinigungs- und Mäharbeiten, Instandhaltung von Fuhrpark und Geräten)*

Die durch das Auftragsmodul in die Bauhof-Software gesendeten Aufträge können dort über einen Auftragspool verwaltet werden. Sie können in einem Terminplaner geplant werden und auch in den täglichen Dienstplänen dargestellt werden. In den Stundenaufzeichnungen der Mitarbeiter wird die Auftrags-ID erfasst, sodass eine direkte Verknüpfung der Arbeitszeitaufzeichnungen mit den Aufträgen erfolgt und die Kosten des Auftrags automatisch ermittelt werden.

- *Überwachen der Durchführung der Aufträge hinsichtlich Zeit und Kosten*

Aus den Daten der Arbeitszeitaufzeichnungen werden derzeit wöchentliche Zusammenfassungen über die erledigten Aufträge an die einzelnen Fachämter verteilt. In diesen sind sowohl Personal- als auch Maschinen- und Fahrzeugkosten detailliert aufgegliedert. Ferner ist es auch möglich, im Falle von extern veranlassten Aufträgen (z. B. Versicherungsfälle) aus den erfassten Daten direkt eine Ausgangsrechnung zu erzeugen.

- *Unterstützung der internen Leistungsverrechnung*

In der Vergangenheit wurden die Arbeitszeitaufzeichnungen der Bauhof-Mitarbeiter zunächst in Papierform durch den Bauhofleiter bearbeitet. Die für die Lohnabrechnung erforderlichen Daten (Zuschläge für Überstunden, Rufbereitschaften, Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit etc.) wurden per Hand errechnet und an das Personalamt übermittelt. Anschließend wurden die Stundenzettel durch eine Sachbearbeiterin im technischen Bauamt in eine Datenbank übertragen, um Datenmaterial für die interne Leistungsverrechnung zu erhalten.

Durch die Erfassung der Arbeitszeitaufzeichnungen in der Bauhof-Software erfolgt nun sowohl die Ermittlung der erforderlichen Lohndaten wie auch die Berechnung der Daten für die interne Leistungsverrechnung in einem Schritt und weitestgehend automatisch.

- 2. In wie weit hat sich der Einsatz der Software aus Sicht der Verwaltung und des Bauhofs bewährt, um die mit der Anschaffung verbundenen Ziele, insbesondere hinsichtlich der Einrichtung geeigneter Maßnahmen zum Adressieren der Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs, zu erreichen? Wo erweist sich der Einsatz der Software als bedingt zielführend oder sogar nachteilig und warum?**

Aus Sicht der Verwaltung hat sich der Einsatz der Software durchaus bewährt, auch wenn sich die Einführung schwieriger als erwartet gestaltet hat.

Gerade im Hinblick auf die im ersten Schritt vorgenommene Einrichtung der automatisierten Lohndatenermittlung sind anfangs immer wieder neue Probleme aufgetreten. Diese waren jedoch zum überwiegenden Teil nicht in der Software begründet, sondern schlicht dem Umstand geschuldet, dass die frühere Lohndatenermittlung per Hand nicht immer TVÖD-konform erfolgte. So wurde an vielen Stellen (z. B. Rufbereitschaft und Überstunden) mit Pauschalen und vereinfachten Betrachtungen gearbeitet. Mittlerweile werden alle Lohndaten TVÖD-konform ermittelt. So werden beispielsweise Überstundenzuschläge nur noch ausgezahlt, wenn der Abbau der Stunden nicht innerhalb einer Woche möglich ist. Auch die Berechnung der Rufbereitschaften erfolgt nicht mehr pauschaliert, sondern anhand der tatsächlich geleisteten RB-Stunden. Seit gut einem halben Jahr läuft das Lohnmodul nun fehlerfrei.

Das Problem der vom Landesrechnungshof mehrfach monierten fehlenden Leistungsmengen ist bislang nicht gelöst. Sämtliche Aufzeichnungen erfolgen auf der Ebene von Kostenstellen bzw. Leistungsorten mit hinterlegten Kostenstellen. Die Software könnte in der momentan eingesetzten Form Leistungsmengen (z. B. m² zu mähende Fläche, lfd. Meter Hecke, Anzahl Sinkkästen...) an den Einsatzorten hinterlegen. Mit einer Erweiterung um entsprechende Kataster wäre es auch möglich, zusätzliche Informationen (z. B. Zustand, durchgeführte Kontrollen und Sicherheitsprüfungen) zu hinterlegen.

Momentan mangelt es jedoch in den meisten Bereichen bereits an der Erhebung der benötigten Datengrundlagen. Lediglich im Bereich der Kinderspielplätze ist zwischenzeitlich ein Kataster aufgebaut, mit welchem die Unterhaltung und Pflege der Spielgeräte überwacht wird. Die Erhebung weiterer Leistungsmengen ist noch nicht erfolgt.

So können momentan beispielsweise nur die geleisteten Stunden für Mäharbeiten auf der Kostenstelle „allgemeine Grünanlagen“ ausgewertet werden, es fehlt aber die Information, wie viele m² Fläche bearbeitet wurden.

Das Modul zur Abwicklung von Aufträgen läuft mittlerweile fehlerfrei. In der Praxis bestehen derzeit jedoch teilweise noch Probleme in der Koordination der neuen Arbeitsabläufe. So werden beispielsweise Aufträge vereinzelt direkt über den Zugang im Vorzimmer des Bürgermeisters erteilt, ohne dass das Fachamt informiert wird. Hier besteht organisatorisch noch Optimierungsbedarf.

3. **Welche Module bzw. Funktionen der Software werden derzeit genutzt, für welche Module/Funktionen ist die Nutzung bis wann geplant und welche Module/Funktionen sollen aus welchen Gründen nicht genutzt werden?**

Derzeit werden folgende Module genutzt:

- a. Tagesberichte
- b. Personalplaner
- c. Terminplaner
- d. Schichtplaner
- e. Kundenauftrag
- f. Material-Lager
- g. Spielplatz-Kataster incl. mobiles Kataster mit Tablet-Erfassung
- h. Grabverwaltung

Der Einsatz eines Moduls zur rechtssicheren Dokumentation des Winterdienstes wurde bereits mehrfach angeregt, jedoch bislang aus Zeitgründen noch nicht umgesetzt.

Als mögliche Erweiterung wird derzeit die Einführung eines Friedhofskatasters sowie die Integration des momentan in einer separaten Datenbank aufgebauten Baumkatasters in Erwägung gezogen.

Erstellt:

Kämmerei, 19.12.19

Gesehen:

Bürgermeister, 19.12.19



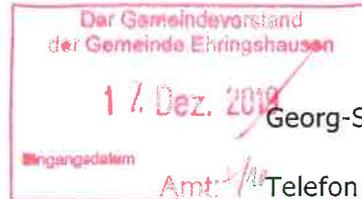
Landesärztekammer Hessen

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Bezirksärztekammer - Gießen - Georg-Schlosser-Strasse 6a - 35390 Gießen

Bezirksärztekammer - Gießen

Gemeinde Ehringshausen
Bürgermeister Jürgen Mock
Rathausstr. 1
35630 Ehringshausen



Georg-Schlosser-Strasse 6a - 35390 Gießen

Telefon (0641) 94381 - 0 Telefax (0641) 94381 - 41

E-mail: bezaek.giessen@laekh.de

Internet: www.laekh.de

Ihr Zeichen

(bitte immer angeben)
Unser Zeichen: fre

Datum: 13. Dezember 2019

Schließung der Geburtsstation am Krankenhaus in Ehringshausen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mock,

Ihre E-Mail vom 09.12.2019, in dieser Sie um Rückmeldung zur Schließung der Geburtsstation am Krankenhaus in Ehringshausen bitten, habe ich erhalten.

Grundsätzlich wie Sie und Ihr Gemeindevorstand sehe ich die Problematik, dass die zunehmende Ausdünnung der Versorgung in der Fläche, zu erheblichen Problemen führen wird. In diesem Fall ist es die Vorhaltung einer Geburtsstation im Hinterland, dessen Vorhaltung eigentlich dringend geboten ist. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der langen Versorgungswege und dem Gebot der Akutversorgung. Allein dem Gebot der Wirtschaftlichkeit zu folgen, erscheint mir gerade in diesem Fall sehr problematisch, da eine Versorgung von Schwangeren in Schwerpunktzentren durchaus erhebliche Risiken birgt. Die Landesärztekammer Hessen und auch die Bezirksärztekammer Gießen kann in solchen Fällen nur einen Appell an die Politik richten, diesen werde ich auch gerne mitnehmen. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, dass das zuständige Gremium für den mittelhessischen Raum, die Gesundheitskonferenz Mittelhessen, vermutlich erst im März oder April nächstes Jahr tagen wird. Ich werde Ihr Schreiben zum Anlass nehmen, dieses auch dem Präsidenten der Landesärztekammer Hessen vorzulegen. Da es sich hierbei vorrangig um eine Versorgungsangelegenheit handelt, im Rahmen der vertragsärztlichen Versorgung, habe ich Ihre Anfrage an die Kassenärztliche Vereinigung, Herrn Dr. Eckhard Starke, 2. Vorsitzender der KV Hessen, Europa-Allee 90, 60486 Frankfurt am Main weitergeleitet. Für weitere Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. Hans-Martin Hübner
Vorsitzender

Anlage

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-6/2019	
Datum	21.11.2019
Aktenzeichen	20
Sachbearbeiter	Herr Messerschmidt

Gemeinde Ehringshausen

Rathausstraße 1, 35630 Ehringshausen
Tel: 06443-6090, Fax: 06443-60912

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevorstand der Gemeinde Ehringshausen	25.11.2019	beschließend
Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen	19.12.2019	

Betreff:

Haushalt 2020

Sachdarstellung:

Auf den verteilten Haushaltsplan 2020 wird vollinhaltlich verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Stellungnahme der Finanzverwaltung
1. Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzverwaltung:
2. Auswirkungen auf die Bilanz:

Beschlussvorschlag:

Es erfolgt die Einbringung – KEIN Beschluss

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-5/2019	
Datum	21.11.2019
Aktenzeichen	32
Sachbearbeiter	Herr Schaub

Gemeinde Ehringshausen

Rathausstraße 1, 35630 Ehringshausen
Tel: 06443-6090, Fax: 06443-60912

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevorstand der Gemeinde Ehringshausen	25.11.2019	beschließend
Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen	19.12.2019	beschließend

Betreff:

Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach

Sachdarstellung:

Die zukünftige Ausrichtung der o.g. Ortsteilfeuerwehren wurde zuletzt in der Sitzung der Feuerwehrkommission am 06.11.2019 erörtert, wobei zu dieser Sitzung die Mitglieder der Kölschhäuser und Dreisbacher Feuerwehr und auch die jeweiligen Ortsvorsteher zugegen waren.

Nach eingehender Erörterung war man sich darüber einig, dass die Zusammenlegung der Ortsteilfeuerwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach zur Freiwilligen Feuerwehr „Ehringshausen/Nord“ zum 01.01.2020 wirksam werden bzw. umgesetzt werden sollte.

Dem schlossen sich die anwesenden Kommissionsmitglieder einvernehmlich an und fassten diesen Beschluss einstimmig als Empfehlung an den Gemeindevorstand bzw. die Gemeindevertretung.

Der Zusammenschluss der Jugend- bzw. Kinderfeuerwehren wurde bereits am 01.07.2018 vollzogen.

In einer gemeinsamen –außerordentlichen- Jahreshauptversammlung soll dann am 14.01.2019 ein neuer Feuerwehrausschuss bzw. neue Wehrführung für die Freiwillige Feuerwehr „Ehringshausen/Nord“ gewählt werden.

Für die Zusammenlegung ist eine Satzungsänderung notwendig, wobei hierzu auf die Beschlussvorlage zur Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen verwiesen wird.

Die Verwaltung empfiehlt, die Zusammenlegung der Ortsteilfeuerwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach zur Freiwilligen Feuerwehr „Ehringshausen/Nord“ zum 01.01.2020 zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Stellungnahme der Finanzverwaltung
1. Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzverwaltung:
2. Auswirkungen auf die Bilanz:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Zusammenlegung der Ortsteilwehren Kölschhausen (mit Breitenbach) und Dreisbach zur Freiwilligen Feuerwehr „Ehringshausen/Nord“ zum 01.01.2020.

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-4/2019	
Datum	20.11.2019
Aktenzeichen	32
Sachbearbeiter	Herr Schaub

Gemeinde Ehringshausen

Rathausstraße 1, 35630 Ehringshausen
Tel: 06443-6090, Fax: 06443-60912

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevorstand der Gemeinde Ehringshausen	25.11.2019	beschließend
Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen	19.12.2019	beschließend

Betreff:

Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis

Sachdarstellung:

Das Hessische Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und dem Katastrophenschutz (HBKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.01.2014 (GVBL, S. 26) ist zuletzt durch Gesetz vom 23.08.2018 (GVBL, S. 374) geändert worden.

Aufgrund dieser Änderungen im HBKG gab es zunächst Gespräche des Hess. Städte- und Gemeindebundes mit Vertretern des Hessischen Städtetages und dem Landesfeuerwehrverband Hessen e.V. unter Einbindung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport, Abteilung Brandschutz zur Aktualisierung und Überarbeitung sowohl der Feuerwehrsatzung als auch der Feuerwehrgebührensatzung nebst dem Gebührenverzeichnis.

Nach Abschluss dieser Gespräche wurden vom Hess. Städte- und Gemeindebund überarbeitete Mustersatzungen vorgelegt; es handelt es sich dabei um eine Weiterentwicklung des bisherigen Musters unter Beachtung der gesetzlichen Änderungen.

Zunächst wird angemerkt, dass die Veränderungen im angefügten Entwurf der **Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen** (Anlage 1) in „rot“ dargestellt wurden und sich die Paragraphen mit Blick auf die derzeit gültige Satzung teilweise verschoben haben.

Zur besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wurde die Bestimmung aufgenommen, dass nur eine Personenbezeichnung gewählt wurde und diese alle Lebensformen, also die männliche, die weibliche und die diverse Form umfassen.

Einige wesentliche Satzungsänderungen werden wie folgt erläutert:

Für die Fusion bzw. Zusammenlegung der Ortsteilfeuerwehr Dreisbach mit Kölschhausen und Breitenbach zum Schutzbereich „Ehringshausen/Nord“ wird eine Satzungsänderung in § 2 notwendig.

Zusätzlich zu den bisherigen Anzeigepflichten der Feuerwehrangehörigen wurde der Entzug der Fahrerlaubnis bzw. erteilte Fahrverbote als neue Pflicht aufgenommen. Dieses soll es ermöglichen, dass nur berechnigte Einsatzkräfte die Fahrzeuge führen können und die Kommune hierüber Kenntnis erlangt.

Desweiteren wurde auch die rechtskräftige Verurteilung wegen Straftaten wie Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Landesverrates, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und gegen die öffentliche Ordnung sowie wegen vorsätzlicher Brandstiftung in den Anzeigepflichten neu aufgenommen; derartige Straftaten sind mit der Tätigkeit in der freiwilligen Feuerwehr unvereinbar und führen zu einem Ausschluss aus dieser.

Außerdem ist § 6 Abs. 2 Satz 2 in der Form ergänzt worden, dass die Einsatzkräfte nicht nur persönlich geeignet sein müssen, um den Anforderungen des Feuerwehrdienstes gerecht zu werden, sondern auch für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten müssen. Hier findet sich die Umsetzung der gesetzlichen Regelung des § 10 Abs. 1 Satz 2 HBKG.

Neu aufgenommen wurde weiterhin eine Regelung in § 7 Abs. 3, wonach die Einsatzkräfte verpflichtet sind die in § 55 Abs. 2 Nr. 1 – 14 HBKG genannten Daten (wie z.B. Name, Kontaktdaten, Dienstgrad, absolvierte Lehrgänge) mitzuteilen. Dies hat zum einen den Hintergrund, dass die Kontaktdaten für die Einladungen zur Jahreshauptversammlung, die auch elektronisch erfolgen kann, zur Verfügung stehen und stets auf dem aktuellen Stand zu halten sind. Zum anderen dienen diese Daten der Verleihung von Dienstgraden und der Anmeldung zu Lehrgängen.

Die Neuregelung des § 8 Abs. 4 stellt eine notwendige Konkretisierung der Ausschlussstatbestände dar. Neben den bisherigen Ausschlussstatbeständen (aktives Eintreten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, das mehrfache unentschuldigte Fernbleiben von Einsätzen und/oder bei angesetzten Übungen, die Verletzung der Pflicht zu kameradschaftlichen Verhalten) wurde auch ein mehrfacher schriftlicher Verweis (mindestens drei) mit aufgenommen. Hierdurch werden Verstöße gegen die Dienstpflichten und satzungsrechtlichen Pflichten nicht nur durch Ordnungsmaßnahmen sanktioniert, sondern können im wiederholten Fall den Ausschluss nach sich ziehen; ebenfalls neu als Ausschlussgrund ist die rechtskräftige Verurteilung wegen vorsätzlicher Brandstiftung gem. §§ 306 – 306 c StGB.

Aufgrund Erfordernisse der Praxis ist der Kanon der möglichen Ordnungsmaßnahmen in § 9 erweitert worden, um insbesondere dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu entsprechen.

In 13 Abs. 4 und 7 ist nunmehr geregelt, dass auch Personen nach Vollendung des 60. Lebensjahres Führungsfunktionen wahrnehmen können und insofern keine Altersgrenze für die Wählbarkeit mehr enthalten ist. Es wird allerdings klargestellt, dass mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze der Gemeindebrandinspektor bzw. seine Stellvertreter zwingend zu verabschieden ist.

Die zentrale Festlegung der Wahlzeit für die Führungsebene ist dann in 18 Abs. 2 neu geregelt worden. Aufgrund der Neufassung in § 13 Abs. 4 und 7 ist es geboten, die generelle Wahlzeit von 5 Jahren im Einzelfall zu modifizieren. Hieran anknüpfend ist die Ernennungsurkunde zunächst bis zum 60. Lebensjahr begrenzt und wird für die komplette Wahlzeit nur unter der Voraussetzung des Antrages und der notwendigen ärztlichen Untersuchung verlängert. Klargestellt ist desweiteren, dass mit der Vollendung des 65. Lebensjahres ein Ausscheiden aus dem Amt – unabhängig von der restlichen Wahlzeit – zu erfolgen hat.

In § 13 der Satzung wurde außerdem die Möglichkeit aufgenommen, einen zweiten stellvertretenden Wehrführer wählen bzw. berufen zu können.

In dem ebenfalls angefügten Entwurf der **Feuerwehrgebührensatzung** (Anlage 2) sind im Vergleich zur Voraufgabe im Wesentlichen die Regelung zum Verzicht auf die Feuerwehrgebühren in einer allgemeinen Schadenslage sowie die Gebühren der Brandmeldeempfangszentrale neu aufgenommen; einige Änderungen werden nachstehend erläutert.

Die Gebührenschuldner ergeben sich weiterhin aus § 60 Abs. 2 und Abs. 3 HBKG. Das Satzungsmuster gibt daher in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Nr. 1 bis 3 den Gesetzeswortlaut wieder. § 2 Abs. 2 Nr. 4 deckt den Anwendungsbereich des § 61 Abs. 4 HBKG ab.

Entsprechend der Änderung des HBKG wird nunmehr von einem Falschalarm gesprochen. Der Begriff des Falschalms wird in den Vorschriften DIN 14675 verwendet und in DIN VDE 0833 als ein „Alarm, dem keine Gefahr zugrunde liegt“ definiert.

§ 2 Abs. 2 Nr. 4 bildet die neu in das HBKG aufgenommene Regelung des § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG in dem Satzungsentwurf ab. Gebührenschuldner ist daher der jeweilige Leistungserbringer; dies wird im Regelfall eine Hilfsorganisation oder ein privater Rettungsdienst sein.

§ 3 Abs. 3 Satz 2 bestimmt, dass der Einsatz im Regelfall mit der Alarmierung der Leitstelle beginnt. Aus der Formulierung „im Regelfall“ ergibt sich, dass ein abweichender Einsatzbeginn denkbar ist. Beispielsweise ist es vorstellbar, dass die Feuerwehr durch einen direkten Anruf informiert wird oder – etwa bei Sturmschäden oder Überschwemmungen – ein Einsatz unmittelbar in den nächsten übergeht, ohne dass die Leitstelle involviert ist.

Mit der Änderung des HBKG wurde auch die Möglichkeit aufgenommen, bei einer allgemeinen Schadenslage aufgrund von Naturereignissen auf die Erhebung von Gebühren zu verzichten. Die Regelung des § 61 Abs. 5 S. 3 HBKG lautet: „Für besondere Härtefälle oder für die Fälle allgemeiner Schadenslagen aufgrund von Naturereignissen können Ausnahmeregelungen in den Gebührenordnungen vorgesehen werden.“ Dies wurde in § 8 des Satzungsentwurfes aufgenommen, wobei dieser dann hierzu ein 2-stufiges Verfahren vorsieht.

Die Berechnung der Gebühren erfolgt auf Grundlage der im **Gebührenverzeichnis** (Anlage 3) benannten Gebührentatbestände.

Die Gebühren wurden nach entsprechender Kalkulation durch die Kämmerei -Herrn Zienert- berechnet; die Kalkulationsgrundlagen wurden seinerzeit bzw. bei der letzten Überarbeitung bzw. Neufassung der Gebührensatzung (Verwaltungsvorlage Gemeindevertretung vom 05.11.2014) ausführlich erläutert.

Veränderungen in der Gebührensatzung wie auch in dem Gebührenverzeichnis sind in „rot“ dargestellt.

Die Verwaltung empfiehlt, die Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis (mit gerundeten Beträgen) in der Fassung der anliegenden Entwürfe zu beschließen; die entsprechenden Änderungen bzw. die Neufassung der Satzungen wird auch von der Feuerwehr bzw. dem Gemeindebrandinspektor empfohlen

Finanzielle Auswirkungen:

Stellungnahme der Finanzverwaltung
1. Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzverwaltung:
2. Auswirkungen auf die Bilanz:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen sowie der Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen nebst Gebührenverzeichnis in der Fassung der anliegenden Entwürfe.

Anlage(n):

1. Feuerwehrsatzung neu 23.5.2019
2. Gebuehrensatzung 23.5.2019 neu
3. Gebührenverzeichnis zur Feuerwehrgebührensatzung - neu ab 1.1.2020 -

- (2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat die Freiwillige Feuerwehr die aktiven Feuerwehrangehörigen nach den geltenden Feuerwehr-Dienstvorschriften und sonstigen einschlägigen Vorschriften aus- und fortzubilden.

§ 4 GLIEDERUNG DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR

Die Freiwillige Feuerwehr Ehringshausen gliedert sich in folgende Abteilungen:

1. Einsatzabteilung
2. Ehren- und Altersabteilung
3. Jugendfeuerwehr
4. Kinderfeuerwehr

§ 5 PERSÖNLICHE AUSRÜSTUNG, ANZEIGEPFLICHTEN

- (1) Die Feuerwehrangehörigen haben die durch die Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellte Dienst- und Schutzkleidung pfleglich zu behandeln und nach dem Ausscheiden aus dem Feuerwehrdienst zurückzugeben. Für verlorengegangene oder durch außerdienstlichen Gebrauch beschädigte oder unbrauchbar gewordene Teile der Ausrüstung kann die Stadt/Gemeinde Ersatz verlangen.
- (2) Die Feuerwehrangehörigen haben dem Gemeindebrandinspektor oder dem Wehrführer unverzüglich anzuzeigen:
- a) im Dienst erlittene Körper- und Sachschäden,
 - b) Verluste oder Schäden an der persönlichen und sonstigen Ausrüstung,
 - c) **den Entzug der Fahrerlaubnis sowie erteilte Fahrverbote,**
 - d) **die rechtskräftige Verurteilung wegen Straftaten**
 - aa.) **wegen der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates §§ 84 – 91a StGB**
 - bb.) **wegen Landesverrates und Gefährdung der äußeren Sicherheit §§ 93 - 101 a StGB**
 - cc.) **wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt §§ 110 - 121 StGB**
 - dd.) **wegen Straftaten gegen die öffentliche Ordnung §§ 123 - 145d StGB**
 - ee.) **wegen vorsätzlicher Brandstiftung §§ 306 – 306 c StGB**
- (3) Soweit Ansprüche für oder gegen die Gemeinde in Frage kommen, hat der Empfänger der Anzeige nach Abs. 2 die Meldung an den Gemeindevorstand weiterzuleiten.

§ 6 AUFNAHME IN DIE EINSATZABTEILUNG DER FREIWILLIGEN FEUERWEHR

- (1) Die Einsatzabteilung setzt sich zusammen aus den aktiven Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr. In die Einsatzabteilung können Personen mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen zur Beratung der Freiwilligen Feuerwehr (Fachberater) aufgenommen werden.
- (2) Als aktive Feuerwehrangehörige können in der Regel nur Personen aufgenommen werden, die ihre Hauptwohnung in der Gemeinde Ehringshausen haben oder aufgrund einer regelmäßigen Beschäftigung oder Ausbildung oder in sonstiger Weise regelmäßig für Einsätze in der Gemeinde Ehringshausen und Aus- und Fortbildung zur Verfügung stehen. Sie müssen persönlich geeignet, **für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten**, den Anforderungen des Feuerwehrdienstes geistig und körperlich gewachsen sein, sowie das 17. Lebensjahr vollendet haben; sie dürfen das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben.

- (3) Aktiver Feuerwehrdienst kann nur in maximal zwei Feuerwehren geleistet werden. Die Belange der Feuerwehr, in der der Feuerwehrangehörige wohnt oder überwiegend wohnt, sind vorrangig zu berücksichtigen.
- (4) Die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr ist schriftlich bei dem Gemeindebrandinspektor oder bei dem Wehrführer zu beantragen. Minderjährige haben mit dem Aufnahmeantrag die schriftliche Zustimmungserklärung ihrer gesetzlichen Vertreter vorzulegen.
- (5) Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Gemeindevorstand bzw. in dessen Auftrag der Gemeindebrandinspektor nach Anhörung des Feuerwehrausschusses. Bei Zweifeln über die geistige oder körperliche Tauglichkeit **oder der persönlichen Eignung** kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes **oder des polizeilichen Führungszeugnisses** verlangt werden.
- (6) Die Aufnahme in die Freiwillige Feuerwehr erfolgt durch den Gemeindebrandinspektor oder durch den Wehrführer unter Überreichung der Satzung und durch Handschlag. Dabei ist der Feuerwehrangehörige durch Unterschriftsleistung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Aufgaben gegenüber jedermann unabhängig von Nationalität, **ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht**, Religion oder Hautfarbe zu verpflichten, wie sich diese aus den gesetzlichen Bestimmungen, dieser Satzung sowie den Dienstanweisungen ergeben.
- (7) **Soweit innerhalb von 12 Monaten nach Aufnahme in der Einsatzabteilung die erforderlichen oder verlangten Unterlagen nicht vorgelegt werden und keine oder nur eine unregelmäßige Teilnahme an den festgesetzten Übungen und Einsätzen festgestellt wird, kann die Mitgliedschaft durch den Stadtbrandinspektor/ Gemeindebrandinspektor beendet werden.**

§ 7 RECHTE UND PFLICHTEN DER ANGEHÖRIGEN DER EINSATZABTEILUNG

- (1) Die Angehörigen der Einsatzabteilung haben das Recht zur Wahl des Gemeindebrandinspektors, seines Stellvertreters, des Wehrführers, des stellvertretenden Wehrführers sowie der Mitglieder des Feuerwehrausschusses. Sie können zu Mitgliedern des Feuerwehrausschusses gewählt werden.
- (2) Die Angehörigen der Einsatzabteilung haben die in § 3 bezeichneten Aufgaben nach Anweisung des Gemeindebrandinspektors oder der sonst zuständigen Vorgesetzten gewissenhaft durchzuführen. Sie haben insbesondere
 - a) die für den Dienst geltenden Vorschriften und Weisungen (z. B. Dienstvorschriften, Ausbildungsvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften) sowie Anweisungen des Gemeindebrandinspektors oder der sonst zuständigen Vorgesetzten zu befolgen,
 - b) bei Alarm sofort zu erscheinen und den für den Alarmfall geltenden Anweisungen und Vorschriften Folge zu leisten,
 - c) am Unterricht, an den Übungen und sonstigen **Dienstveranstaltungen** teilzunehmen.
- (3) **Die Angehörigen der Einsatzabteilung stellen die in § 55 Abs. 2 Nr. 1 bis 14 HBKG genannten Daten zur Wahrnehmung ihrer satzungsrechtlichen Rechte und Pflichten zur Verfügung. Bei Änderungen dieser Daten sind diese zeitnah mitzuteilen.**
- (4) Neu aufgenommene Feuerwehrangehörige dürfen vor Abschluss der feuerwehrtechnischen Ausbildung (Grundausbildung) nur im Zusammenwirken mit ausgebildeten und erfahrenen aktiven Feuerwehrangehörigen eingesetzt werden.
- (5) Abs. 2 und 3 gelten nicht für die Fachberater im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 2.

- (6) Für Tätigkeiten im Feuerwehrdienst außerhalb des Gemeindegebietes gelten die Vorschriften des hessischen Reisekostenrechts entsprechend.

§ 8 BEENDIGUNG DER ZUGEHÖRIGKEIT ZUR EINSATZABTEILUNG

- (1) Die Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung endet mit
- a) der Vollendung des 60. Lebensjahres oder auf Antrag im Sinne von § 10 Abs. 2 HBKG spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres,
 - b) dem Austritt,
 - c) dem Ausschluss,
 - d) **der Übernahme in die Ehren- und Altersabteilung**
- (2) Vor Verlängerung der Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung gemäß § 10 Abs. 2 HBKG hat sich der Antragsteller einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Über den Verlängerungsantrag entscheidet der Gemeindevorstand bzw. in dessen Auftrag der Gemeindebrandinspektor nach Anhörung des Feuerwehrausschusses.
- (3) Der Austritt muss schriftlich gegenüber dem Gemeindebrandinspektor oder dem Wehrführer erklärt werden.
- (4) Der Gemeindevorstand kann einen Angehörigen der Einsatzabteilung aus wichtigem Grund - nach Anhörung des Feuerwehrausschusses - durch schriftlichen, mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung versehenen Bescheid aus der Freiwilligen Feuerwehr ausschließen. Zuvor ist dem/der Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wichtiger Grund ist insbesondere das mehrfache unentschuldigte Fernbleiben vom Einsatz und/oder bei angesetzten Übungen, **mehrfache schriftliche Verweise (mindestens drei) gem. § 9 Abs. 1 b)**, die nachhaltige Verletzung der Pflicht zum kameradschaftlichen Verhalten und das aktive Eintreten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung **sowie die rechtskräftige Verurteilung wegen vorsätzlicher Brandstiftung.**
- (5) **Wird die Mitgliedschaft innerhalb von 12 Monaten gem. § 6 Abs. 7 vom Leiter der Feuerwehr beendet, gilt Abs. 4 mit der Maßgabe, dass eine Anhörung des Feuerwehrausschusses nicht notwendig ist.**

§ 9 ORDNUNGSMASSNAHMEN

- (1) Verletzt ein Angehöriger/eine Angehörige der Einsatzabteilung seine/ihre Dienstpflicht bzw. sonstige Verpflichtungen aus dieser Satzung, so kann der Gemeindebrandinspektor im Einvernehmen mit dem Feuerwehrausschuss ihm gegenüber
- a) eine **mündliche** Ermahnung,
 - b) einen mündlichen oder schriftlichen Verweis
 - c) **Suspendierung (max. 3 Monate zur Sachverhaltsaufklärung)**
 - d) **Befristeter Ausschluss (6 Monate – 3 Jahre)**
- aussprechen.
- (2) Die Ermahnung **kann auch unter Beteiligung des Wehrführers** ausgesprochen werden. **Die Ermahnung ist zu dokumentieren.** Vor dem Verweis ist dem Betroffenen Gelegenheit zur schriftlichen oder mündlichen Stellungnahme zu geben. **Über den schriftlichen Verweis gem. § 9 Abs. 1 b) ist eine Niederschrift zu fertigen und gegen Unterschrift dem Betroffenen auszuhändigen.**

§ 10 EHREN- UND ALTERSABTEILUNG

- (1) In die Ehren- und Altersabteilung wird unter Überlassung der Dienstbekleidung übernommen, wer wegen Vollendung des 60. bzw. bei verlängerter Zugehörigkeit nach § 10 Abs. 2 HBKG spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres, dauernder **oder vorübergehender** Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen wichtigen persönlichen Gründen aus der Einsatzabteilung ausscheidet.
- (2) Die Zugehörigkeit zur Ehren- und Altersabteilung endet
 - a) durch Austritt, der schriftlich gegenüber dem Stadtbrandinspektor, dem Gemeindebrandinspektor oder dem Wehrführer erklärt werden muss,
 - b) durch Ausschluss (§ 8 Abs. 4 Satz 1 gilt entsprechend),
- (3) Für die Ausbildung, die Gerätewartung, **die Fahrzeug-, Geräte- und Gebäudepflege, logistische Unterstützung (ohne Einsatzfähigkeit)** und die Brandschutzerziehung und –aufklärung **sowie die feuerwehrspezifische Nachmittagsbetreuung an Schulen als auch die Unterstützung bei FeuerwehreLeistungsübungen** können die Angehörigen der Ehren- und Altersabteilung auf eigenen Antrag freiwillig und ehrenamtlich Aufgaben übernehmen, soweit sie hierfür die entsprechenden Vorkenntnisse besitzen und persönlich, geistig und körperlich geeignet sind. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt gemäß der Bewilligung des Gemeindevorstandes oder in dessen Auftrag durch den Gemeindebrandinspektor mit Zustimmung des Wehrführers längstens bis zur Vollendung des **70.** Lebensjahres. Aus wichtigem Grund kann entsprechend **§ 8 Abs. 4** die besondere Tätigkeit beendet werden. Im Rahmen dieser Tätigkeit unterliegen die Angehörigen der Ehren- und Altersabteilung der fachlichen Aufsicht durch die Leitung der Freiwilligen Feuerwehr. **§§ 7 Abs. 2 S. 1 und 2 a, Abs. 3**, findet entsprechende Anwendung.

§ 11 JUGENDFEUERWEHR

- (1) Die Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Ehringshausen führt den Namen "Jugendfeuerwehr Ehringshausen" und den Ortsteilnamen als Zusatz.
- (2) Die Jugendfeuerwehr Ehringshausen ist eine **Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr** und der freiwillige Zusammenschluss von Jugendlichen im Alter vom vollendeten 10. bis zum vollendeten 17. Lebensjahr, **bei einer Verlängerung bis max. zum 21. Lebensjahr**. Für die Aufnahme gilt § 6 Abs. 4 entsprechend. Sie gestaltet ihre Aktivitäten als selbständige Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr nach einer vom Gemeindevorstand beschlossenen Jugendordnung, die auch Vorschriften zum Vorschlagsrecht zur Wahl des Jugendfeuerwehrwartes / der Jugendfeuerwehrwartin der Gemeinde, und der Jugendfeuerwehrwarte / Jugendfeuerwehrwartinnen der Ortsteile enthält.
- (3) Als Bestandteil der Freiwilligen Feuerwehr Ehringshausen untersteht die Jugendfeuerwehr der Aufsicht durch den Gemeindebrandinspektor als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr, der sich dazu des Jugendfeuerwehrwartes der Gemeinde bedient. Der Jugendfeuerwehrwart der Gemeinde muss mindestens 18 Jahre alt sein und die erforderliche persönliche, fachliche und pädagogische Eignung (§ 7 Abs. 6 FwOV) besitzen. Er muss Angehöriger der Einsatzabteilung sein. Das gleiche gilt für die Jugendfeuerwehrwarte der Ortsteile.
- (4) **Die mit der Betreuung der Kinderfeuerwehr befassten Personen sollen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für ehrenamtlich Tätige gem. § 72 a SGB VIII vorlegen.**

§ 12 Kinderfeuerwehr

- (1) Die Kinderfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Ehringshausen führt den Namen „Kinderfeuerwehr Ehringshausen“.
- (2) Die Kinderfeuerwehr Ehringshausen ist **eine Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr** und der freiwillige Zusammenschluss von Kindern im Alter vom vollendeten 6. bis zum vollendeten 10. Lebensjahr. Sie gestaltet ihre Aktivitäten als selbstständige Abteilung der Freiwilligen Feuerwehr nach einer vom Gemeindevorstand beschlossenen Kinderordnung, die auch Vorschriften zum Vorschlagsrecht zur Wahl des Kinderfeuerwehrwartes der Gemeinde und der Kinderfeuerwehrwarte / Kinderfeuerwehrwartinnen enthält.
- (3) Die Kinderfeuerwehr ist durch die Gemeinde Ehringshausen entsprechend den tatsächlichen und finanziellen Möglichkeiten auszustatten, zu versichern und zu fördern.
- (4) Als Bestandteil der Freiwilligen Feuerwehr Ehringshausen untersteht die Kinderfeuerwehr der Aufsicht durch den Gemeindebrandinspektor als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr, der sich dazu des Kinderfeuerwehrwartes der Gemeinde bedient. Der Kinderfeuerwehrwart der Gemeinde muss mindestens 18 Jahre alt sein und die erforderliche persönliche, fachliche und pädagogische Eignung besitzen.
- (5) **Die mit der Betreuung der Kinderfeuerwehr befassten Personen sollen ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis für ehrenamtlich tätige gem. § 72 a SGB VIII vorlegen.**

§ 13

GEMEINDEBRANDINSPEKTOR, ERSTER UND WEITERER STELLVERTRETENDER GEMEINDEBRANDINSPEKTOR, WEHRFÜHRER, STELLVERTRETENDER WEHRFÜHRER

- (1) Der Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen ist der der Gemeindebrandinspektor.
- (2) Der Gemeindebrandinspektor wird von den Angehörigen der Einsatzabteilung(en) gewählt.
- (3) Die Wahl findet anlässlich der (gemeinsamen) Hauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen (§ 16) statt.
- (4) **Gewählt werden kann nur, wer der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen angehört, persönlich geeignet ist und die erforderlichen Fachkenntnisse mittels der geforderten Lehrgänge (§ 7 Abs. 1 FwOVO) nachweisen kann. Zudem sollen sie ihre Hauptwohnung in der Gemeinde Ehringshausen haben.**
- (5) Der Gemeindebrandinspektor wird zum Ehrenbeamten auf Zeit der Gemeinde Ehringshausen ernannt. Er ist verantwortlich für die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen und die Ausbildung ihrer Angehörigen. Er hat für die ordnungsgemäße Ausrüstung sowie für die Instandhaltung der Einrichtungen und Anlagen der Brandbekämpfung zu sorgen und den Gemeindevorstand in allen Fragen des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe zu beraten. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben haben ihn die stellvertretenden Gemeindebrandinspektoren, der Wehrführer und die Feuerwehrausschüsse zu unterstützen.
- (6) Der Erste stellvertretende Gemeindebrandinspektor hat den Gemeindebrandinspektor bei Verhinderung zu vertreten.

Er wird von den Angehörigen der Einsatzabteilung(en) gewählt. Hinsichtlich der Anforderungen gilt Abs. 4 entsprechend. Die Wahl findet nach Möglichkeit in der gleichen Versammlung statt, in der der Gemeindebrandinspektor gewählt wird. Anderenfalls hat der Gemeindevorstand nach Ablauf der Wahlzeit oder einem sonstigen Freiwerden der Stelle des stellvertretenden Gemeindebrandinspektors so rechtzeitig eine Versammlung der Angehörigen der Einsatzabteilung(en) einzuberufen, dass binnen zwei Monaten nach Freiwerden der Stelle die Wahl eines stellvertretenden Gemeindebrandinspektors stattfinden kann. Der stellvertretende Gemeindebrandinspektor wird zum Ehrenbeamten auf Zeit der Gemeinde Ehringshausen ernannt.

- (6a) Der Zweite stellvertretende Gemeindebrandinspektor kann den Gemeindebrandinspektor nur dann vertreten, wenn der Erste stellvertretende Gemeindebrandinspektor ebenfalls verhindert ist.

Für die Wahl und die Anforderungen gilt Abs. 6 entsprechend.

- (7) **Mit Vollendung des 60. Lebensjahres bzw. bei verlängerter Zugehörigkeit nach § 10 Abs. 2 HBKG, spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres sind der Gemeindebrandinspektor und seine Stellvertreter durch den Gemeindevorstand zu verabschieden und aus dem Ehrenbeamtenverhältnis wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze zu entlassen.**

- (8) Die Wehrführer führen die Freiwillige Feuerwehr in den Ortsteilen nach Weisung des Gemeindebrandinspektors. Der Wehrführer wird von den Angehörigen der Einsatzabteilung der Ortsteilfeuerwehr gewählt. Gewählt werden kann nur, wer der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr angehört. Hinsichtlich der Anforderungen gilt Abs. 4 entsprechend. Die Wahl des Wehrführers erfolgt in der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr (§ 17).

- (9) **Der Erste stellvertretende Wehrführer** hat den Wehrführer im Verhinderungsfalle zu vertreten. Er wird von den Angehörigen der Einsatzabteilung gewählt. Gewählt werden kann nur, wer der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr angehört. Hinsichtlich der Anforderungen gilt Abs. 4 entsprechend. Die Wahl Ersten stellvertretenden Wehrführers erfolgt in der Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr (§ 18).

- (9a) **Der Zweite stellvertretende Wehrführer** kann den Wehrführer nur dann vertreten, wenn der Erste stellvertretende Wehrführer ebenfalls verhindert ist.
Für die Wahl und die Anforderungen gilt Abs. 9 entsprechend.

- (10) Für den Wehrführer und dessen Stellvertreter gelten Abs. 5 Satz 1 und Abs. 7 entsprechend.

§ 14 WEHRFÜHRERAUSSCHUSS

- (1) Es wird ein Wehrführerausschuss gebildet, der aus dem Gemeindebrandinspektor, den Stellvertretern, den Wehrführern und deren Stellvertretern sowie des Jugendfeuerwehrwartes der Gemeinde sowie aus dem Kinderfeuerwehrwart besteht und die Aufgabe hat, sämtliche Angelegenheiten des Brandschutzes und der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Ehringshausen zu koordinieren. **Der Bürgermeister und sein Vertreter haben das Recht, jederzeit an den Sitzungen teilzunehmen.**

- (2) Der Gemeindebrandinspektor beruft die Sitzungen des Wehrführerausschusses ein, **die nicht öffentlich stattfinden.** Er hat den Wehrführerausschuss zur Sitzung einzuberufen, wenn dies von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Ausschusses schriftlich unter Angabe von Gründen beantragt wird.

§ 15 FEUERWEHRAUSSCHÜSSE

- (1) Zur Unterstützung und Beratung des Wehrführers bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wird in den Ortsteilen für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Ehringshausen jeweils ein Feuerwehrausschuss gebildet.
- (2) Der Feuerwehrausschuss besteht aus dem Wehrführer als Vorsitzendem, dem stellvertretenden Wehrführer sowie aus drei Angehörigen der Einsatzabteilung(en), einem Vertreter der Ehren- und Altersabteilung und dem Jugend- bzw. Kinderfeuerwehrwart des betreffenden Ortsteils.
- (3) Die Wahl der Vertreter der Einsatzabteilung, des Vertreters der Ehren- und Altersabteilung erfolgt in der Jahreshauptversammlung. Wahlberechtigt sind die Mitglieder der Einsatzabteilung und der Ehren- und Altersabteilung für ihre jeweiligen Vertreter.
- (4) Der Vorsitzende beruft die Sitzungen des Feuerwehrausschusses ein. Er hat den Feuerwehrausschuss einzuberufen, wenn dies mehr als die Hälfte seiner Mitglieder schriftlich mit Begründung beantragt. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende kann jedoch Angehörige der einzelnen Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr oder andere Personen zu Sitzungen einladen. Der Gemeindebrandinspektor und seine Stellvertreter haben das Recht, jederzeit an den Sitzungen teilzunehmen. Sitzungstermine sind ihnen rechtzeitig bekanntzugeben. Über die Sitzungen des Feuerwehrausschusses ist eine Niederschrift zu fertigen.

§ 16 GEMEINSAME JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

- (1) Unter dem Vorsitz des Gemeindebrandinspektors findet jährlich eine gemeinsame Jahreshauptversammlung aller Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Ehringshausen statt.

Bei dieser Versammlung hat der Gemeindebrandinspektor einen Bericht über das abgelaufene Jahr zu erstatten.
- (2) Die gemeinsame Jahreshauptversammlung wird vom Gemeindebrandinspektor einberufen. Sie ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung(en) schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt. In diesem Fall ist sie innerhalb von zwei Wochen durchzuführen.
- (3) Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung der gemeinsamen Jahreshauptversammlung sind den Feuerwehrangehörigen und dem Gemeindevorstand mindestens zwei Wochen vor der Versammlung schriftlich **oder elektronisch bekannt zu geben. Zusätzlich wird auf die Versammlung per Aushang im Feuerwehrgerätehaus hingewiesen.** Im Fall des Abs. 2 verkürzt sich die Frist auf eine Woche.
- (4) Stimmberechtigt in der gemeinsamen Jahreshauptversammlung sind die Angehörigen der Einsatzabteilung und – mit Ausnahme der Wahl des Gemeindebrandinspektors und seiner Stellvertreter – die Angehörigen der Ehren- und Altersabteilung. § 15 Abs. 3 bleibt unberührt. Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit ist eine zweite Versammlung nach Ablauf von zwei Wochen, spätestens aber innerhalb von vier Wochen einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Angehörigen der Einsatzabteilung beschlussfähig ist.
- (5) Beschlüsse der gemeinsamen Jahreshauptversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Die gemeinsame Jahreshauptversammlung beschließt auf entsprechenden Antrag im Einzelfall darüber, ob eine Abstimmung geheim erfolgen soll.
- (6) **Über die gemeinsame Jahreshauptversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Ein Schriftführer wird zu Beginn der Versammlung benannt. Dieser hat die Niederschrift zu erstellen und zusammen mit dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.**

§ 17 JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG

- (1) Unter dem Vorsitz des Wehrführers findet jährlich eine Jahreshauptversammlung der Ortsteilfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehr Ehringshausen statt.
- (2) Die Jahreshauptversammlung wird vom Wehrführer einberufen. Er hat einen Bericht über das abgelaufene Jahr zu erstatten.
- (3) Eine Jahreshauptversammlung der Freiwilligen Feuerwehr ist einzuberufen, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder der Einsatzabteilung der Ortsteilfeuerwehr schriftlich unter Angaben von Gründen verlangt. In diesem Fall ist sie innerhalb von zwei Wochen durchzuführen.
- (4) § 16 Abs. 3 bis 6 gilt entsprechend.

§ 18 WAHLEN

- (1) Die nach dem HBKG und nach dieser Satzung durchzuführenden Wahlen werden von einem Wahlleiter geleitet, den die jeweilige Versammlung bestimmt.
- (2) Die Wahlzeit für alle durch diese Satzung durch Wahl bestimmte Funktionen beträgt fünf Jahre.

Sollte das 55. Lebensjahr bei der Wahl bereits vollendet worden sein, kann die Ernennung zunächst nur bis zum 60. Lebensjahr erfolgen. In diesem Zeitpunkt sind ein entsprechender Antrag und eine ärztliche Untersuchung notwendig, soweit die komplette Wahlzeit ausgeübt werden soll.

Mit Vollendung des 60. bzw. bei verlängerter Zugehörigkeit nach § 10 Abs. 2 HBKG spätestens mit Vollendung des 65. Lebensjahres sind der Gemeindebrandinspektor und seine Stellvertreter durch den Gemeindevorstand in diesem Zeitpunkt unabhängig von der Wahlzeit zu verabschieden.

- (3) Die Wahlberechtigten sind vom Zeitpunkt und Ort der Wahl mindestens zwei Wochen vorher schriftlich oder elektronisch zu verständigen. Zusätzlich wird auf die Wahl per Aushang im Feuerwehrgerätehaus hingewiesen. Hinsichtlich der Beschlussfähigkeit der Versammlung gilt § 16 Abs. 4 entsprechend.
- (4) Der Gemeindebrandinspektor, seine Stellvertreter, die Wehrführer, die stellvertretenden Wehrführer, der Vertreter der Ehren- und Altersabteilung für den Feuerwehrausschuss, der Jugendfeuerwehrwart der Gemeinde bzw. die Jugendfeuerwehrwarte der Ortsteile werden einzeln nach Stimmenmehrheit gewählt; § 55 Abs. 5 HGO gilt entsprechend. Stimmenhäufung und Stellvertretung sind nicht zulässig.

Die Wahl der übrigen zu wählenden Mitglieder des Feuerwehrausschusses wird als Mehrheitswahl ohne das Recht der Stimmenhäufung durchgeführt. Jeder Wahlberechtigte hat so viel Stimmen, wie sonstige Mitglieder des Feuerwehrausschusses zu wählen sind. In den Feuerwehrausschuss sind diejenigen gewählt, die die meisten Stimmen erhalten. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

- (5) Gewählt wird schriftlich und geheim. Bei den Einzelwahlen (Abs. 4 Satz 1) kann durch Handzeichen gewählt werden, falls sich aus den Reihen der Wahlberechtigten kein Widerspruch erhebt.

- (6) Über sämtliche Wahlen ist eine Niederschrift anzufertigen. § 16 Abs. 6 S. 2 und 3 gilt **entsprechend**. Die Niederschrift über die Wahl des Gemeindebrandinspektors, seiner Stellvertreter, der Wehrführer und der stellvertretenden Wehrführer ist innerhalb einer Woche nach der Wahl dem Bürgermeister zur Vorlage an den Gemeindevorstand zu übergeben.

§ 19 FEUERWEHRVEREINIGUNGEN

Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren können sich zu privatrechtlichen Vereinen oder Verbänden zusammenschließen. Die Gemeinde unterstützt Vereinigungen der Feuerwehrangehörigen nach Maßgabe des Haushalts.

§ 20 INKRAFTTRETEN

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung für die Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Ehringshausen vom 09.02.2012, zuletzt geändert am 01.01.2019, außer Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt:

Ehringshausen, den

Mock
Bürgermeister

6. die Person, die wider besseres Wissen oder in grob fahrlässiger Unkenntnis der Tatsachen die Feuerwehr alarmiert,
 7. die Eigentümerin oder der Eigentümer oder die Besitzerin oder der Besitzer einer Brandmeldeanlage, wenn diese Anlage einen **Falschalarm** auslöst,
 8. die Person, die den Einsatz der Feuerwehr durch nicht angezeigtes, aber nach § 3 Abs. 5 Satz 1 der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17. März 1975 (GVBl. I S. 48) anzeigepflichtiges Verbrennen von Abfällen verursacht hat.
- (2) **Gebührensschuldner** sind bei allen übrigen Leistungen, insbesondere in Fällen der Allgemeinen Hilfe,
1. die Person, deren Verhalten die Leistung erforderlich gemacht hat; § 6 Abs. 2 und 3 HSOG gilt entsprechend,
 2. die Person, die die tatsächliche Gewalt über eine Sache oder ein Tier ausübt, deren oder dessen Zustand die Leistung erforderlich gemacht hat, oder die Eigentümerin oder der Eigentümer einer solchen Sache oder eines solchen Tieres; § 7 Abs. 2 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung gilt entsprechend,
 3. die Person, auf deren Verlangen oder in deren Interesse die Leistung erbracht wurde, **insbesondere bei Falschalarmen durch**
 - a) **Kommunikationsmittel mit automatischer Ansage oder Anzeige, die keine Brandmeldeanlagen sind,**
 - b) **Meldung von Sicherheitsunternehmen oder anderen Personen, die im Auftrag der Eigentümerin, des Eigentümers, der Besitzerin oder des Besitzers tätig werden,**
 4. **der Leistungserbringer im Rettungsdienst oder beim Krankentransport, wenn dieser sich zur Erfüllung seines Rettungsdienst- oder Krankentransportauftrags der Unterstützung der Feuerwehr bedient,**
 5. **die Fahrzeughalterin oder der Fahrzeughalter, wenn die Fehlfunktion des auf dem 112-Notruf basierenden bordeigenen eCall-Systems in Kraftfahrzeugen deren Betrieb zugeordnet werden kann,**
 6. **die Betreiberin oder der Betreiber eines TPS-eCall-Systems, wenn technisch bedingte Falschalarme oder böswillige Alarme im Rahmen eines TPS-eCall-Notrufes durch Dritte übermittelt werden.**
 7. in Fällen des § 61 Abs. 4 HBKG der Rechtsträger der anderen Behörde,
 8. die Person, die die Feuerwehr missbräuchlich – ohne hinreichenden Grund vorsätzlich oder grob fahrlässig – angefordert hat.
- (3) **Gebührensschuldner bei Brandsicherheitsdiensten** sind die Ausrichter von Veranstaltungen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine größere Anzahl von Menschen gefährdet wäre (z. B. Versammlungen, Ausstellungen, Theateraufführungen, Zirkusveranstaltungen, Messen, Märkte und vergleichbare Veranstaltungen).
- (4) Mehrere **Gebührensschuldner** haften als Gesamtschuldner.
- (5) **Die Geltendmachung von Ansprüchen auf zivilrechtlicher Basis bleibt davon unberührt.**

§ 3

Grundlagen der Gebührenbemessung

- (1) Für Leistungen der Feuerwehr, die nach dieser Satzung erbracht werden, gilt nachfolgendes Gebührenverzeichnis, welches als **Anlage** Bestandteil dieser Satzung ist. Die Höhe der Gebühr errechnet sich nach der aufgewendeten Zeit und dem eingesetzten Material, nach Art und Anzahl des eingesetzten Personals, der Fahrzeuge und Geräte sowie der zu prüfenden Geräte und Einrichtungen.
- (2) Bei der Festsetzung der Gebühr werden für Personen sowie für Fahrzeuge und Geräte die Gebühren je angefangene 15 Minuten berechnet.
- (3) Für die Berechnung der Gebühr wird die Zeit von Beginn bis zur Beendigung des Einsatzes zugrunde gelegt. Der Einsatz beginnt im Regelfall mit der Alarmierung der Feuerwehr durch die Leitstelle, spätestens mit dem Ausrücken. **Er ist mit Rückkehr zur Feuerwache zuzüglich der ggf. für die Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit notwendigen Zeit beendet.** Sind die eingesetzten Mannschaften, Fahrzeuge oder Geräte zum Zeitpunkt der Alarmierung bereits zu einem anderen Einsatz ausgerückt oder kehren diese nach dem jeweiligen Einsatz nicht unmittelbar zurück (aufeinander folgende Einsätze), so beginnt der jeweilige Einsatz mit Verlassen des vorherigen Einsatzortes und ist beendet, sobald sie den jeweiligen Einsatzort verlassen bzw. die Einsatzfähigkeit wiederhergestellt ist.
- (4) **Für die Berechnung der Gebühr für den Brandsicherheitsdienst (§ 2 Abs. 3) wird der Zeitraum ab dem Dienstantritt bis zum abschließenden Kontrollgang zugrunde gelegt. Für die An- und Abfahrt wird eine Pauschale gemäß des Gebührenverzeichnisses erhoben.**
- (5) Die Anzahl und Auswahl des einzusetzenden und des davon bei der Gebührenberechnung zu berücksichtigenden Personals sowie der Fahrzeuge und Geräte liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Feuerwehr.

§ 4

Auslagen

- (1) Auslagen werden in der tatsächlich erstandenen Höhe zuzüglich eines Verwaltungskostenaufschlages in Höhe von 10 Prozent geltend gemacht. Dies gilt insbesondere für Lieferungen und Leistungen von Dritten, Fremdpersonal und -gerät, Ölbindemittel, Säurebindemittel, Schaummittel und die Entsorgung.
- (2) Dauert ein Einsatz ohne Unterbrechung mehr als vier Stunden, so sind die Auslagen für die Verpflegung der eingesetzten Feuerwehrangehörigen zu erstatten.

§ 5

Entstehung der Gebührenschuld

- (1) Die Verpflichtung zur Erstattung von Gebühren entsteht im Regelfall mit der Alarmierung der Feuerwehr durch die Leitstelle, spätestens mit dem Ausrücken.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.
- (3) **In anderen Fällen entsteht die Gebührenschuld, soweit ein Antrag oder eine Beauftragung notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Gemeinde, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.**

§ 6 Fälligkeit der Gebührenschuld

Die zu zahlenden Gebühren und Auslagen werden durch Gebührenbescheid festgesetzt. Die Gebührenschuld wird ein Monat nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig, sofern in diesem keine andere Fälligkeit angegeben ist.

§ 7 Härtefälle

- (1) Wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint, kann die Gebührenschuld gestundet, niedergeschlagen oder erlassen werden, oder es kann von der Geltendmachung der Gebühren ganz oder teilweise abgesehen werden. Die Stundung soll in der Regel nur auf Antrag gewährt werden.
- (2) Für die Erbringung übriger Leistungen im Sinne von § 2 Abs. 2 sowie Brandsicherheitsdiensten nach § 2 Abs. 3, jeweils anlässlich von Veranstaltungen, den den Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde unterfallenden Vereinen, werden keine Gebühren nach dieser Satzung erhoben.

§ 8 Allgemeine Schadenslagen aufgrund von Naturereignissen

Kommt es aufgrund eines Naturereignisses, insbesondere durch Überschwemmung, Hochwasser, Starkregen, Hagel- oder Sturmschäden, zu einer Schadenslage im gesamten Gemeindegebiet, in einem Ortsteil kann der Gemeindevorstand das Vorliegen einer allgemeinen Schadenslage im Sinne des § 61 Abs. 5 S. 3 HBKG feststellen. Wurde eine allgemeine Schadenslage festgestellt, so kann der Gemeindevorstand bei Einsätzen, die ausschließlich auf diese allgemeine Schadenslage zurückzuführen sind, von der Erhebung von Gebühren absehen.

§ 9 Sicherheitsleistungen

Die Hilfeleistung der Feuerwehr im Rahmen des § 6 Abs. 3 HBKG, eine Überlassung von Geräten oder die Gestellung von Brandsicherheitsdiensten kann von einer vorherigen angemessenen Sicherheitsleistung des Gebührenschuldners bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden.

§ 10 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen vom 20.11.2014 außer Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt:

Ehringshausen, den

Mock
Bürgermeister

(Siegel)

**Muster-Gebührenverzeichnis zum gemeinsamen Satzungsmuster des Hessischen Städtetages,
des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und des Landesfeuerwehrverbandes Hessen**

Nr.	Beschreibung	Gebühr je 15 Minuten
1	Personalgeldern	
1.1	Brand und allgemeine Hilfeleistungseinsätze je Einsatzkraft	6,60 Euro*
1.2	Brandsicherheitsdienst je Einsatzkraft	6,60 Euro*
1.3	Dauert ein Einsatz ohne Unterbrechung mehr als vier Stunden, so sind die Auslagen für die Verpflegung der eingesetzten Feuerwehrangehörigen zu erstatten.	
2	Fahrzeuggebühren	
2.1	Einsatzleitwagen	
	Einsatzleitwagen ELW 1	
	Einsatzleitwagen ELW 2	
	Einsatzleitwagen ELW 3	
	Vorausrüstwagen VRW	
	Mannschaftstransportfahrzeug MTF	
	Kommandowagen	
2.2	Tragspritzenfahrzeuge / Kleinlöschfahrzeuge	
	TSF	
	TSF-W	
	KLF	
2.3	Löschgruppenfahrzeuge	
	LF 8	
	LF 8/6	
	LF 10/6 / LF 10	

	LF 16	
	LF 16 TS	
	LF 16/12	
	LF 20/16 / LF 20	
	HLF 10/6 / HLF 10	
	HLF 20/16 /HLF 20	
	StLF 20/25	
	MLF	
2.4	Tanklöschfahrzeuge	
	TLF 8/18 / TLF 2000	
	TLF 16/24 / TLF 3000	
	TLF 16/25	
	TLF 24/50 / TLF 20/40 / TLF 4000	

	Großtanklöschfahrzeug z. B. TLF 20/40, GTLF 6, TroTLF 16	
2.5	Drehleitern	
	DLK 12-9	
	DLK 18-12 / DLAK 18/12	
	DLK 23-12 / DLAK 23/12	
	Gelenkmastbühne GM 25-3	
	Teleskopmast TM	
2.6	Schlauchwagen	
	SW 1000	
	SW 2000	
2.7	Rüstwagen	
	RW 1	
	RW 2 / RW	
2.8	Gerätewagen-Gefahrgut	
	GW-G 1	
	GW-G 2	
	GW-G 3 /GWG	
2.9	Gerätewagen	
	Gerätewagen-Logistik GW-L	
	GW-Mess	
	GW-Atenschutz/-Strahlenschutz / GW Atenschutz	
	GW-Strahlenschutz/Öl	
2.10.	Kranwagen	
	KW 25	
	KW 30	
	KW 4	
	KW ...	
	Flutlichtmastfahrzeug FLMF	
2.11	Wechseladerfahrzeuge und Abrollbehälter	

	Wechselladerfahrzeug (WLF ohne Auflage)	
	Abrollbehälter-Atenschutz (AB-A)	
	Abrollbehälter AB Bahn	
	Abrollbehälter AB Bau 1 (Hochbau)	
	Abrollbehälter AB Bau 2 (Tiefbau)	
	Abrollbehälter AB Betreuung	
	Abrollbehälter AB Dekon	
	Abrollbehälter AB ELW mit Ausbau	
	Abrollbehälter AB Entrauchung	
	Abrollbehälter-Gefahrgut (AB-GI)	
	Abrollbehälter-Gefahrgut (AB-GII)	
	Abrollbehälter AB Gefahrstoff mit Beladung	
	Abrollbehälter AB Gewässerschutz	
	Abrollbehälter AB Hochwasser "Quickdamm"	
	Abrollbehälter AB Kran	

	Abrollbehälter AB Löschunterstützungsfahrzeug	
	Abrollbehälter AB Notfallstation	
	Abrollbehälter-Pritsche (ABPritsche)	
	Abrollbehälter AB Pulver	
	Abrollbehälter-Mulde (AB-Mulde)	
	Abrollbehälter-Schaummittel (ABSM)	
	Abrollbehälter-Schlauchmaterial (AB-S)	
	Abrollbehälter AB Schiene	
	Abrollbehälter AB Schnelleinsatzgruppe Sanität	
	Abrollbehälter AB Sonderlöschmittel	
	Abrollbehälter AB Strom	
	Abrollbehälter-Tank (AB-Tank)	
	Abrollbehälter-Techn.-Hilfe (AB-TH)	
	Abrollbehälter AB Unwetter	
	Abrollbehälter AB Verkehrssicherung	
	Abrollbehälter AB VersorgungHygiene	
	Rettungsboot	
	Mehrzweckboot	
	weitere Abrollbehälter	
3	Anhänger	

	Anhängeleiter	
	Anhänger Flutlichtmast	
	Anhänger Holz	
	Hydrovac-Anhänger	
	Anhänger Kompressor	
	Leichtschaumgenerator	
	Löschpulveranhänger P 250	
	Mehrweckanhänger MZA 1	
	Mehrweckanhänger MZA 2	
	Trailer Mehrzweckboot	
	Ölsanimat	
	Ösperranhänger	
	Rettungsbootanhänger	
	Schaummittelanhänger	
	Schlauchanhänger	
	Schaum-Wasserwerfer	
	Anhänger Strom	
	Anhänger TEL	
	Tragkraftspritzenanhänger TSA	

4.	Einsatzbedingtes Prüfen und Reinigen	
4.1	Reinigen und Prüfen der persönlichen Ausrüstung	Die Reinigung und Prüfung im Einsatz gebrauchter persönlicher Ausstattungsgegenstände werden nach dem Reinigungs- und Prüfaufwand berechnet. Erforderliche Ersatzbeschaffungen werden dem Gebühren- und Auslagenschuldner in Rechnung gestellt.
4.2	Reinigen und Desinfizieren einschl. Prüfen von Vollschutzanzügen	Reinigung und Desinfektion im Einsatz gebrauchter Vollschutzanzüge werden nach Reinigungs- und Prüfaufwand berechnet. Erforderliche Ersatzbeschaffungen werden dem Gebühren- und Auslagenschuldner in Rechnung gestellt.

4.3	Reinigen und Desinfizieren	
	Atemschutzgeräte	... € je Stück
	Atemschutzmaske	... € je Stück
	Ersatzbeschaffungen	Erforderliche Ersatzbeschaffungen werden dem Gebühren- und Auslagenschuldner in Rechnung gestellt.
4.4	Füllen/Prüfen von Flaschen/Geräten	
	Lungenautomat	... € je Stück
	Atemschutzmaske	... € je Stück
	Atemschutzgerät	... € je Stück
	Füllen von Atemluftflaschen 200 bar/4l	... € je Stück
	Füllen von Atemluftflaschen 300 bar/6l	... € je Stück
4.5	Prüfen, Waschen, Trocknen von Schläuchen	
	je Schlauch	... € je Stück
4.5	Schlauchreparatur	Nach zeitlichem Aufwand des eingesetzten Personals.
4.6	Prüfen von Pumpen	

	200 l Nennleistung	... € je Stück
	400 l Nennleistung	... € je Stück
	800 l Nennleistung	... € je Stück
	1.600 l Nennleistung	... € je Stück
4.7	Prüfen von Leitern lt. Unfallverhütungsvorschrift (UVV)	
	Anstell-, Steck-, Haken- und Klappleiter	... € je Stück
	Einreißhaken	... € je Stück
	Krankentrage	... € je Stück
	2-teilige Schiebeleiter	... € je Stück
	3-teilige Schiebeleiter	... € je Stück
4.8	Prüfen sonstiger Geräte und Einrichtungen	Die Prüfung sonstiger Geräte und Einrichtungen wird nach dem Zeitaufwand des eingesetzten Personals berechnet.

5.	Kosten für den Einsatz von Fremdpersonal und -gerät, Ölbinde-, Säurebinde- und Schaummitteln, Entsorgung und Auslagen	
	Für die entstehenden Aufwendungen, etwa für den Einsatz von Personal oder Geräten von Dritten, werden die der Stadt/Gemeinde in Rechnung gestellten Beträge nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 der Satzung zugrunde gelegt.	
6.	Gebühren für besondere Leistungen	
	Falschalarm Brandmeldeanlage	
	Falschalarme aufgrund von Kommunikationsmittel mit automatischer Ansage oder Anzeige, die keine Brandmeldeanlagen sind.	
	Falschalarme aufgrund von Meldung von Sicherheitsunternehmen oder anderen Personen, die im Auftrag der Eigentümerin, des Eigentümers, der Besitzerin oder des Besitzers tätig werden,	
	An- und Abfahrtpauschale für Einsätze des Brandsicherheitsdienstes	
	Weitere Pauschalsätze	
7.	missbräuchliche Alarmierung	
	Gebühren für die missbräuchliche Alarmierung im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 Nr. 5 der Satzung werden nach ausgerückten Fahrzeugen und Zeit, Material- sowie Personalaufwand gemäß Gebührenverzeichnis berechnet.	
8.	Gebühren in sonstigen Fällen	

	Für besondere, nicht in der Gebührensatzung aufgeführte Leistungen, werden die Gebühren nach ausgerückten Fahrzeugen und dem tatsächlichen Zeit-, Material, und Personalaufwand gemäß Gebührenverzeichnis berechnet.	
--	--	--

* Für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr. Für Angehörige der Berufsfeuerwehr siehe 3.2 und 3.3.

Erläuterungen zum gemeinsamen Satzungsmuster des Hessischen Städtetages, des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und des Landesfeuerwehrverbandes Hessen für eine Feuerwehr Gebührensatzung

1. Einzelerläuterungen zu den Paragrafen des Satzungsmusters

1.1. Zu § 1 (Gebührentatbestand)

Das Satzungsmuster verwendet einheitlich den Begriff der Feuerwehr. Dieser beinhaltet Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren.

Satz 1 legt die grundsätzliche Gebührenpflicht für alle Aufgaben der Feuerwehr fest. Ausnahmen bestehen nur in den im Gesetz ausdrücklich benannten Fällen.

Satz 2 regelt den Fall, dass der Einsatz insgesamt oder teilweise nicht mehr notwendig ist, da die Notlage anderweitig – etwa durch Nachbarschaftshilfe, Regen etc. – behoben wurde.

1.2. Zu § 2 (Gebührensschuldner)

Die Gebührensschuldner ergeben sich aus § 60 Abs. 2 und Abs. 3 HBKG. Das Satzungsmuster gibt daher in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Nr. 1 bis 3 den Gesetzeswortlaut wieder. § 2 Abs. 2 Nr. 4 deckt den Anwendungsbereich des § 61 Abs. 4 HBKG ab.

Entsprechend der Änderung des HBKG wird jetzt im Satzungsmuster von einem Falschalarm gesprochen. Der Begriff des Falschalarm wird in den Vorschriften DIN 14675 verwendet und in DIN VDE 0833 als ein „Alarm, dem keine Gefahr zugrunde liegt.“ definiert. Eine inhaltliche Änderung ist mit der Ersetzung des Begriffes nicht verbunden. Ausweislich der Begründung des Gesetzentwurfes sollte lediglich der umgangssprachliche Begriff durch den normierten Begriff ersetzt werden (LT-Drs. 19/6053 S. 23).

§ 2 Abs. 2 Nr. 4 bildet die neu in das HBKG aufgenommene Regelung des § 61 Abs. 3 Nr. 4 HBKG in dem Satzungsmuster ab. Gebührenschuldner ist daher der jeweilige Leistungserbringer. Dies wird im Regelfall eine Hilfsorganisation oder ein privater Rettungsdienst sein. Nicht Gebührenschuldner ist der Träger des Rettungsdienstes. Ob der jeweilige Leistungserbringer die ihm entstehenden Feuerwehrgebühren gegenüber dem Kostenträger geltend machen kann, oder ob die Kosten in eine Gesamtkalkulation eingehen, ist für die Gebührenerhebung nicht erheblich.

§ 2 Abs. 2 Nr. 5 der Gebührensatzung ist aus Gründen der anschaulichen Darstellung in das Satzungsmuster aufgenommen worden. Inhaltlich ist der Anwendungsbereich der Nr. 5 in Nr. 1 erfasst, so dass die Vorschrift nur über einen eingeschränkten eigenständigen Anwendungsbereich verfügt. Allerdings ist die Formulierung deutlich, so dass die Gebührenpflichtigen eindringlich auf die Konsequenzen missbräuchlichen Verhaltens hingewiesen werden. Bei der Erstellung von Gebührenbescheiden ist es empfehlenswert, diese zusätzlich auf Nr. 1 zu stützen.

Der optionale § 2 Abs. 5 wurde aufgenommen um auszudrücken, dass zivilrechtliche Ansprüche unberührt bleiben. Das heißt, diese werden auf Grundlage des jeweiligen Vertrages durchgeführt und auch abgerechnet. Dieser Zusatz ist für Kommunen wichtig, die zivilrechtlich handeln.

Hinweis:

Zu dem Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte wurde keine Regelung in die Gebührensatzung aufgenommen, da eine solche Gebührenrecht und Sanktionierung unzulässig vermischen würde. Den Kommunen wird empfohlen, Gewalt gegen Einsatzkräfte zu dokumentieren. Dies erleichtert den Betroffenen auch die zivilrechtliche Geltendmachung von Ansprüchen.

1.3. Zu § 3 (Grundlagen der Gebührenbemessung)

Abs. 1 bestimmt, dass das Gebührenverzeichnis integraler Bestandteil dieser Satzung ist. Demzufolge ist es mit zu veröffentlichen (§ 5 Abs. 3 HGO). Jede Änderung des Gebührenverzeichnisses stellt eine Satzungsänderung dar, die nach § 51 Nr. 6 HGO von der Stadtverordnetenversammlung/Gemeindevertretung zu beschließen ist.

Die Regelung zur Prüfung von Einrichtungen ist unter anderem dann von Bedeutung, wenn eine Einrichtung nach einem Einsatz – durch diesen bedingt – geprüft werden muss.

Die Regelung des Abs. 2 zum zeitlichen Umfang des Einsatzes sieht die Abrechnung je angefangene 15 Minuten vor. Die Abrechnung erfolgt nach dem Vorbild der Nr. 141 des Verwaltungskostenverzeichnisses der Allgemeinen Verwaltungskostenordnung vom 11.12.2009 (GVBl. I S. 763). Die Abrechnung je angefangener Viertelstunde stellt sicher, dass Verhältnismäßigkeit, Gebührengerechtigkeit und ökonomische Verfahrensführung beachtet werden (dazu Risch: HBKG § 61 Rn. 121 ff.).

Abs. 3 Satz 2 bestimmt, dass der Einsatz im Regelfall mit der Alarmierung der Leitstelle beginnt. Aus der Formulierung „im Regelfall“ ergibt sich, dass ein abweichender Einsatzbeginn denkbar ist. Beispielsweise ist es vorstellbar, dass die Feuerwehr durch einen direkten Anruf informiert wird oder – etwa bei Sturmschäden oder Überschwemmungen – ein Einsatz unmittelbar in den nächsten übergeht, ohne dass die Leitstelle involviert ist. Die Regelung über das Ende des Einsatzes ist in erster Linie für die Gebührenabrechnung bedeutsam. Da ein Einsatz erst dann vollständig beendet ist, wenn die Einsatzfähigkeit wieder hergestellt ist, muss zwischen Fahrzeugkosten und Personalkosten getrennt werden. Für die Fahrzeuge ist der gebührenfähige Einsatz beendet, wenn das Fahrzeug wieder in die Wache eingerückt ist. Wenn infolge der Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit noch Arbeitszeit notwendig ist, kann diese selbstverständlich berechnet werden. Dies betrifft unter anderem Wartungsarbeiten, das Nachfüllen von Verbrauchsmaterial oder Reinigungsarbeiten. Die Personalkosten sind entsprechend dem konkreten Aufwand für die Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit zu berechnen. Die jetzt gewählte Formulierung stellt sicher, dass auch bei Einsätzen, bei denen die Einsatzfähigkeit sofort wiederhergestellt ist, wie z.B. Fehlalarmen, der Einsatz erst bei Eintreffen in der Wache beendet ist. Die Regenerationszeit der Einsatzkräfte ist bereits in die Bemessung des Stundesatzes eingeflossen und gehört daher nicht zur abrechnungsfähigen Einsatzzeit.

Abs. 3 Satz 3 nimmt erstmals eine Regelung zu den aufeinander folgenden Einsätzen auf. Bei diesen ist eine eigenständige Regelung der Einsatzdauer notwendig. Dies gilt entsprechend, wenn gebührenfreie und gebührenpflichtige Teile eines Einsatzes voneinander abzugrenzen sind.

Absatz 4 regelt die Gebühren des Brandsicherheitsdienstes. Die Dauer des Einsatzes ist von den zuständigen Mitarbeiter/innen zu dokumentieren.

1.4. Zu § 4 (Auslagen)

Abs. 1 regelt die Pflicht Auslagen zu erstatten. Diese Pflicht betrifft alle denkbaren Auslagen. Die in Satz 2 genannten Auslagen sind nur Beispiele. Weitere Auslagen können geltend gemacht werden. Wir weisen darauf hin, dass Auslagen sowohl bei gebührenpflichtigen als auch bei gebührenfreien Einsätzen geltend gemacht werden können (Risch: HBKG § 61 Rn. 2). Eine Ausnahme besteht allein bei der Rettung aus akuter Lebensgefahr, da § 61 Abs. 6 HBKG in diesem Fall explizit die Freiheit von Gebühren und Auslagen anordnet.

Der Anspruch besteht in Höhe der tatsächlich entstandenen Aufwendungen zuzüglich eines Verwaltungskostenzuschlages in Höhe von 10 Prozent. Dieser Verwaltungskostenzuschlag bildet die Kosten für Beschaffung, Buchhaltung, Lagerhaltung etc. ab. Er wird für alle Auslagen erhoben, unabhängig davon, ob tatsächlich Verwaltungskosten in dieser Höhe entstanden sind. Ein Verwaltungskostenzuschlag in dieser Höhe wird von der Rechtsprechung akzeptiert.

Der Auslagenschuldner kann die Erhebung des Verwaltungskostenzuschlages in geeigneten Fällen vermeiden, indem er entweder die Fremdleistung selbst anfordert oder eine Kostenübernahmeerklärung abgibt. Dies ist dann möglich, wenn die

Leistung während des Einsatzes angefordert werden muss, und betrifft etwa die Anforderung eines Kranwagens von einem kommerziellen Anbieter bzw. landwirtschaftliche Fahrzeuge. In diesen Fällen entsteht für die Kommune kein Mehraufwand. Daher kann ein Verwaltungskostenzuschlag nicht geltend gemacht werden.

Alternativ ist es möglich, auf den Verwaltungskostenzuschlag in der Satzung zu verzichten.

1.5. Zu § 5 (Entstehung der Gebührenschuld)

Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn des Einsatzes nach § 3 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Gebührensatzung. Daher kann für die Einzelheiten auf die Erläuterung zu § 3 Abs. 3 verwiesen werden.

Neu aufgenommen wurde die optionale Regelung des Abs. 3. Die Formulierung wurde an § 12 HVerwKostG angelehnt. Diese betrifft Kommunen die Leistungen im Auftrag anderer Kommunen erbringen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine Kommune eine gemeinsam genutzte Werkstatt betreibt. Bei einer Tätigkeit für Private weisen wir darauf hin, dass diese zu einer Umsatzsteuerpflicht führen kann.

1.6. Zu § 6 (Fälligkeit der Gebührenschuld)

Satz 1 bestimmt, dass die Gebühren und Auslagen durch Bescheid festgesetzt werden. Satz 2 regelt die Fälligkeit des Bescheides. Es wird empfohlen, eine Frist von einem Monat in der Satzung festzulegen. Eine kürzere Frist ist nicht empfehlenswert, da dem Gebührenschuldner dann nicht genug Zeit für die Begleichung der Schuld bleiben würde. Eine längere Frist belastet die Liquidität der Kommune übermäßig. Es ist auch denkbar, die Fälligkeit im Bescheid festzusetzen.

1.7. Zu § 7 (Härtefälle)

Die Vorschrift orientiert sich an der Abgabenordnung (AO). Infolge des Verweises in § 4 Abs. 1 Nr. 5 a KAG gilt für die Stundung § 222 AO. Um Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, ist der über § 222 AO hinausgehende Inhalt des § 7 weitgehend an die AO angeglichen.

Satz 2 bestimmt entsprechend § 222 Abs. 1 Satz 2 AO, dass eine Stundung in der Regel nur auf Antrag des Gebühren- und Auslagenschuldners erfolgen soll. Daher ist eine Stundung ohne Antrag nur in Ausnahmefällen möglich.

1.8 Zu § 8 (Allgemeine Schadenslagen aufgrund von Naturereignissen)

Mit der Änderung des HBKG wurde die Möglichkeit neu in das HBKG aufgenommen, bei einer allgemeinen Schadenslage aufgrund von Naturereignissen auf die Erhebung von Gebühren zu verzichten. Die Regelung des § 61 Abs. 5 S. 3 HBKG lautet: „Für besondere Härtefälle oder für die Fälle allgemeiner Schadenslagen aufgrund von Naturereignissen können Ausnahmeregelungen in den Gebührenordnungen vorgesehen werden.“

Der neue § 8 des Satzungsmusters sieht ein zweistufiges Vorgehen vor. Im ersten Schritt stellt der Magistrat/Gemeindevorstand fest, dass ein allgemeines Schadenereignis im Sinne des § 61 Abs. 5 S. 3 HBKG vorliegt. Das Satzungsmuster nennt exemplarisch die üblichen Fälle. Die Aufzählung ist aber nicht abschließend. Diese Festlegung wird einheitlich für das gesamte Gemeindegebiet oder für einzelne Ortsteile getroffen. Eine Differenzierung in noch kleinerem Maßstab ist für die Entscheidung auf erster Stufe nicht vorgesehen.

In einem zweiten Schritt sieht das Satzungsmuster vor, dass der Magistrat/Gemeindevorstand dazu berechtigt wird, von der Erhebung der Gebühr im Einzelfall abzusehen. Voraussetzung ist, dass der Einsatz ausschließlich auf die allgemeine Schadenslage zurückzuführen ist. Dies ist beispielsweise dann nicht der Fall, wenn der Einsatz aufgrund eines Verschuldens des einzelnen Gebührenpflichtigen erheblich aufwendiger wurde. Ein Beispiel ist schlecht gesichertes Gefahrgut, das den bei einer Überschwemmung entstehenden Schaden erheblich vergrößert. Die Zuweisung dieser Aufgabe an den Gemeindevorstand/Magistrat erfolgt, da dieser nach der HGO das für die laufende Verwaltung zuständige Organ ist. Selbstverständlich kann dieser die Entscheidung im Einzelfall auf die Verwaltung delegieren. Hat der Magistrat/Gemeindevorstand festgestellt, dass der Einsatz ausschließlich auf die allgemeine Schadenslage zurückzuführen ist, so besteht die Rechtsfolge darin, dass von der Geltendmachung der Gebühren abgesehen werden kann. Einen teilweisen Erlass der Kosten sieht das Satzungsmuster nicht vor, da die Kostenteilung im Einzelfall sehr schwer zu begründen ist. Besteht das Bedürfnis nach einer differenzierten Regelung, so kann dem durch Teilung der Einsätze Rechnung getragen werden.

1.9. Zu § 9 (Sicherheitsleistungen)

Die Regelung zur Sicherheitsleistung dient dazu, der Feuerwehr in Situationen, in denen sie gemäß § 6 Abs. 3 HBKG tätig wird und daher keine privatrechtlichen Verträge schließen kann, eine angemessene wirtschaftliche Sicherheit einzuräumen. Diese Vorschrift kann beispielsweise dann eine Bedeutung erlangen, wenn etwa ein kommerzieller Konzertveranstalter, der als säumiger Zahler bekannt ist, einen Einsatz des Brandsicherheitsdienstes beantragt. Die Formulierung entspricht § 16 VwKostG.

Die vorherige Leistung einer Sicherheit sollte der Ausnahmefall bleiben.

2. Nicht aufgenommene Regelungen

Die Satzung verzichtet darauf, zwei Komplexe aufzunehmen, die in einigen Feuerwehrsatzungen in Hessen berücksichtigt sind.

Zum einen sind keine Regelungen über die dem Privatrechtskreis zuzuordnenden Fallgestaltungen aufgenommen, wenn etwa Räume der Feuerwehr vermietet werden oder Geräte Dritten überlassen werden. Dies ist möglich, sollte aber in Form eines zivilrechtlichen Vertrages erfolgen. Es ist daran zu denken, dass bei diesen Verträgen Umsatzsteuer anfällt. Derartige Konstellationen müssen nicht in die

Satzung aufgenommen werden. Die Aufnahme in die Satzung würde auch nichts an der Umsatzsteuerpflicht ändern.

Ebenso sieht die Satzung keine Haftungsbeschränkung vor. Angehörige der Feuerwehr unterliegen als Ehrenbeamte bzw. ehrenamtlich Tätige, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, der Staatshaftung nach Art. 34 GG in Verbindung mit § 839 BGB. Bereits aus staatsrechtlichen bzw. kompetenzrechtlichen Gründen kann eine kommunale Satzung nicht vom Bundesrecht abweichen und den Haftungsmaßstab für Beamte nicht verändern. Daher entfallen alle Einschränkungen der Haftung und es bleibt bei der gesetzlichen Regelung.

Handelt die Kommune privatrechtlich, kann die Haftung beschränkt werden, da es sich im Schadensfall nicht um die Verletzung einer Amtspflicht handelt. In privatrechtlichen Verträgen kann die Haftung beschränkt werden. Diese Möglichkeit sollte auch genutzt werden.

Erläuterung zum Gebührenverzeichnis

1. Grundlagen der Berechnung der Feuerwehrgebühren

Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe sollte die Berechnung der Gebühren so einfach wie möglich sein. Daher wird versucht, in möglichst vielen Aspekten auf die in der Buchhaltung vorhandenen Daten zurückzugreifen. Nur in den Fällen, in denen die gebührenrechtlichen Grundsätze eine andere Betrachtung verlangen oder die Daten wahrscheinlich in der Buchhaltung nicht vorgehalten werden, erfolgt eine eigenständige Berechnung.

Die Berechnung der Gebühren erfolgt auf Grundlage der im Gebührenverzeichnis benannten Gebährentatbestände. Das Gebührenverzeichnis ist an die vor Ort vorhandenen Fahrzeuge und Geräte anzupassen. Wenn ein neues Fahrzeug oder Gerät angeschafft wird, sollte die in der Gebührensatzung vorgesehene Gebührenehöhe kritisch überprüft werden. Gegebenenfalls ist eine Anpassung notwendig.

Die Berechnung der Gebührenehöhe für Fahrzeuge und Geräte erfolgt mittels folgender vier Schritte.

1. Die dem jeweiligen Fahrzeug- und Gerätetyp zugrunde liegenden Aufwendungen werden ermittelt. Ergebnis sind die Jahresgesamtkosten.
2. Die Jahresgesamtkosten werden je Fahrzeug und Gerätetyp durch die durchschnittliche Zahl der Einsatzstunden im Jahr geteilt.
3. Die errechneten Kosten je Einsatzstunde werden entsprechend der Vorgabe des § 61 Abs. 5 HBKG um einen Eigenanteil in Höhe von 20 Prozent gemindert, um das Vorhalteeinteresse der Kommunen abzubilden.
4. Schließlich sollte in dem Fall, dass die Berechnung zu unzumutbar hohen Gebühren führt, eine Anpassung vorgenommen werden.

Beispiel Gebührenehöhe einer Drehleiter

1. Die Jahresgesamtkosten einer für diese Stadt typischen Drehleiter betragen 98.140,67,91 Euro. Diese Aufwendungen setzen sich aus den zurechenbaren Gebäudekosten, der Abschreibung des Fahrzeugs, der angemessenen Eigenkapitalverzinsung und den Wartungskosten zusammen.
2. Da die Zahl der Einsätze bei einer Drehleiter in dieser Stadt bei unter 142,44 Einsätzen liegt, wird mit dem Teiler 142,88 gerechnet. Somit errechnen sich Stundenkosten in Höhe von 689,00 Euro je Stunde.
3. Von diesen 689,00 Euro je Stunde sind 20 Prozent in Abzug zu bringen, da berücksichtigt werden muss, dass die Kommune dazu verpflichtet ist, die Drehleiter vorzuhalten und diese auch Kosten verursachen würde, wenn kein Einsatz erfolgt. Somit betragen die korrigierten Aufwendungen pro Einsatzstunde 551,20 Euro.
4. Der errechnete Wert birgt die Gefahr, dass die abschreckende Gebührenhöhe die Bereitschaft, einen Brand zu melden, verringert. Daher erscheint eine Korrektur geboten. Eine Gebührenhöhe von 75,00 Euro je 15 Minuten hat sich als angemessen erwiesen.

Die Berechnung der Personalkosten erfolgt eigenständig unter 3.

2. Die Berechnung der Jahresgesamtkosten eines Fahrzeug- oder Gerätetyps

2.1. Jahresgesamtkosten als Durchschnittswerte

Grundlage der Gebührenbemessung für einen Fahrzeug- oder Gerätetyp (Einsatzmittel) kann nur das durchschnittliche Einsatzmittel sein. Wären die Kosten des konkret jeweils verwendeten Fahrzeuges und der konkret zum Einsatz gekommenen Angehörigen der Feuerwehr Grundlage der Berechnung, würde dies dazu führen, dass ein Einsatz, der zufällig von Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr geleistet wird, zu einer geringeren Gebührenhöhe führen würde als ein Einsatz von Berufsfeuerwehrangehörigen. Diese spitze Abrechnung der entstandenen Kosten widerspräche dem – bei Angelegenheiten der Feuerwehr immer zu berücksichtigenden – Grundgedanken der Solidarität.

Darüber hinaus stünde eine auf den konkreten Einsatz abzielende Sichtweise nicht im Einklang mit dem Willen des Gesetzgebers, der auf die Kosten der Feuerwehr insgesamt abstellt und sich somit von der Betrachtung des einzelnen Einsatzes löst. Zudem enthält § 61 Abs. 5 HBKG die Ermächtigung, Pauschalsätze zu erheben.

Schließlich wäre die Effektivität des Handelns der Feuerwehr in Notfällen bedroht, wenn diese sich Wünsche der Art „bitte das älteste (billigste) Fahrzeug mit den jüngsten (billigsten) Feuerwehrangehörigen“ ausgesetzt sähe.

Auch die Berechnung anhand nach § 10 Abs. 2 S. 2 KAG zulässigen Fünf-JahresZeitraums dient dazu, statistische Ausreißer zu vermeiden sowie einen belastbaren Mittelwert zu berechnen.

Aus diesem Grund wird in weitreichendem Umfang mit Durchschnittswerten gearbeitet. Nur diese Betrachtungsweise setzt sowohl den Anspruch der Gebührenzahler auf Gleichbehandlung als auch den Solidaritätsgedanken um.

2.2. In die Jahresgesamtkosten einzubeziehende Faktoren

Die Jahresgesamtkosten eines Einsatzmittels setzen sich aus mehreren Faktoren zusammen. Diese Faktoren fließen in die unter Verfügung gestellte Excel-Tabelle ein.

Hinweis: Es ist empfehlenswert, die nachfolgenden Erläuterungen unter Zuhilfenahme der Tabelle zu lesen. In der Tabelle sind nur die gelb hinterlegten Felder für Eintragungen vorgesehen. Alle Gesamtbeträge errechnen sich automatisch. In der Tabelle sind weitere Hinweise zu den einzelnen Feldern enthalten.

2.2.1. Gebäudebezogene Kosten

Im ersten Schritt werden die Gesamtkosten aller feuerwehrbezogenen Gebäude in einer Kommune berechnet und auf die Zahl der Fahrzeugboxen umgelegt. Ergebnis ist ein Betrag, den die Unterbringung jedes Fahrzeuges in den dafür notwendigen Gebäuden kostet.

2.2.1.1. Abschreibung und Eigenkapitalverzinsung

In die gebäudebezogenen Kosten fließen zunächst die aus den Anschaffungskosten der Gebäude ermittelten Abschreibungen der Kommune ein. Die Höhe der Anschaffungskosten bzw. eine diese ersetzende Wertermittlung und die Höhe der Abschreibung liegen zumeist in Form der Bilanz bzw. des Bilanzentwurfes vor. Die Abschreibung erfolgt gemäß § 43 Abs. 1 Satz 2 GemHVO Doppik linear. Die Abschreibedauer ergibt sich aus der Bilanz bzw. aus der Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinie der Stadt oder Gemeinde. Grundstücke werden nicht abgeschrieben.

Hinweis: Die Höhe der Abschreibung wird aus der Buchhaltung übernommen und nicht selbst berechnet. Vollständig abgeschriebene Wirtschaftsgüter dürfen in die Kalkulation nicht einbezogen werden (VG Magdeburg, Urteil vom 11.10.2018, Az. 7 A 556/16, zitiert nach juris Rn. 25 ff). Im Gegensatz dazu wird die Eigenkapitalverzinsung auf Grundlage der Anschaffungskosten und der für die jeweilige Kommune anzuwendenden Eigenkapital selbst berechnet, wenn er nicht von der Kämmerei gemeindeeinheitlich vorgegeben wird.

Die Höhe der spezifischen Eigenkapitalverzinsung hängt davon ab, ob die Gebäude mittels Eigenkapital finanziert wurden oder ob eine Kreditfinanzierung erfolgte. In den meisten Kommunen dürfte daher mit einem Mischwert aus dem konkret relevanten langfristigen Kapitalzins und Kreditzins gearbeitet werden.

Hinweis: Entsprechend der für Kommunen typischen Kreditfinanzierung mit 10jähriger Zinsbindung sollte der Durchschnittswert der Zinssätze für die dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung vorausgegangenen zehn Jahre berücksichtigt werden. Die durchschnittlichen Zinsen für Anleihen der Öffentlichen Hand ergeben sich aus den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank

<https://www.bundesbank.de/de/publikationen/berichte/monatsberichte>). Es wird dringend empfohlen, vor Erlass einer neuen Feuerwehrgebührensatzung Informationen zum aktuellen Zinsniveau einzuholen und dies zu dokumentieren (VG Göttingen, U.v. 19.11.2014, Az. 3 A 368/13, zitiert nach juris, Rn. 19).

Der prozentuale Betrag der Eigenkapitalverzinsung muss in die Tabelle eingetragen werden. Sodann wird auf Basis der Durchschnittswertmethode die jährliche Eigenkapitalverzinsung errechnet. Diese Berechnungsmethode – die die Anschaffungskosten nur zur Hälfte berücksichtigt, um eine Glättung der Ergebnisse zu bewirken – ist nach dem Beschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 28.6.2005 zulässig.

Beispiel: Die Feuerwehrgebäude einer Kommune haben insgesamt einen Anschaffungswert in Höhe von 5,717 Millionen Euro. Davon entfallen 1,595 Millionen Euro auf Zuschüsse des Landes Hessen. Die jährliche Abschreibung beträgt hier 82.420 Euro. Aufgrund des um die Zuschüsse geminderten Anschaffungswertes und einer für diese Kommune angemessenen Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 2,88 Prozent errechnet sich eine Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 59.356,80 Euro.

2.2.2.2. Innenausstattung

In gleicher Weise wird die Höhe der Abschreibungen für die Innenausstattung der Gebäude aus der Bilanz ermittelt und die darauf entfallende angemessene Eigenkapitalverzinsung berechnet. Bei der Eingabe der Abschreibung auf die Innenausstattung in die Tabelle ist allerdings darauf zu achten, dass der Durchschnittswert der zurückliegenden fünf Jahre angegeben werden muss. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Gebührenkalkulation von einer Stabilität der Gebühren über einen Fünf-Jahres-Zeitraum ausgeht, während die buchhalterische Abschreibung aufgrund der relativ kurzen Abschreibungsläufe der Innenausstattung gewissen Schwankungen unterworfen ist.

Beispiel: Bei einem Gebäude beträgt der Anschaffungswert der Innenausstattung 264.000 Euro. Die Höhe der jährlichen Abschreibung schwankt stark. Daher kann nicht mit dem Wert eines Jahres gearbeitet werden. Vielmehr ist die durchschnittliche jährliche Abschreibung in den letzten 5 Jahren in Höhe von 22.000 Euro heranzuziehen. Auf Grundlage einer kommunalspezifisch angemessenen Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 2,88 Prozent errechnen sich jährliche Kosten der Innenausstattung in Höhe von 25.801,60 Euro.

2.2.2.3. Bauunterhaltung und Nebenkosten der Gebäude

Die Bauunterhaltungskosten werden pauschal mit jährlich 1,5 Prozent der Anschaffungskosten bemessen. Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe ist dieser Wert in Anbetracht der Strukturen und Nutzungsanforderungen eines Feuerwehrgebäudes realistisch. Weichen die tatsächlichen Bauunterhaltungskosten massiv von den errechneten Unterhaltskosten ab, ist der tatsächliche Betrag zu verwenden. Hinzu kommen die Energiekosten, Versicherungen, Steuern und Nebenkosten der Gebäude. Hierbei sollte der Durchschnitt der in den letzten drei Jahren angefallenen tatsächlichen Kosten verwendet werden.

Die Feuerwehrgebäude der Beispielkommune benötigen eine jährliche Bauunterhaltung in Höhe von 85.755 Euro. Die Energiekosten belaufen sich auf 55.000 Euro, die Versicherungskosten auf 24.000 Euro und die Nebenkosten auf 8.000 Euro.

2.2.2.4. Erträge der Gebäude

Von den mit den Gebäuden verbundenen Aufwendungen sind die mit den Gebäuden verbundenen Erträge in Abzug zu bringen. Erträge können beispielsweise aufgrund von Leistungen für andere Feuerwehren entstehen. Wenn die Feuerwehrgebäude teilweise aus den Zuwendungen Dritter finanziert wurden, und ein entsprechender Sonderposten gebildet wurde, ist dessen ergebniswirksame Auflösung den Erträgen zuzurechnen. Zu berücksichtigen sind allerdings nur Leistungen die einen Bezug zu den Fahrzeugen und Geräten haben. Dies ist z.B. die Schlauchwäsche für eine andere Gemeinde. Die für Personen vorgesehenen Räume werden im nächsten Schritt ohnehin herausgerechnet. Daher ist es nicht notwendig die Nutzungsanteile von Vereinen, kommunalen Gremien oder anderen Nutzern an den Ausbildungs- und Besprechungsräumen im Detail zu ermitteln.

Hinweis: Der hier vorgeschlagene Berechnungsweg, Zuweisungen erst auf Ebene der Erträge zu berücksichtigen, stellt sicher, dass möglichst viele Daten der Buchhaltung übernommen werden können. Aus dieser ergeben sich sowohl die jährlichen Abschreibungen, als auch die jährlichen Erträge aus der Auflösung von Sonderposten. Alternativ könnte mit einer um die Förderung reduzierten Höhe der Anschaffungskosten und einer daher geringeren Abschreibung gearbeitet werden. Die Kommunen müssen in diesem Fall aber eine eigene Berechnung zur Höhe der Abschreibung anstellen und den Rechenweg und die Berücksichtigung der Förderung dokumentieren.

Im Beispiel werden jährlich Erträge in Höhe von 3.000 Euro aus Leistungen für andere Feuerwehren erwirtschaftet. Hinzu kommt die Auflösung des Sonderpostens „Zuwendungen des Landes Hessen“. Diese ist in Höhe von jährlich 23.000 Euro ergebniswirksam. Die gebäudebezogenen Aufwendungen belaufen sich somit auf 314.333,4 Euro. Die Erträge aus der Vermietung des Schulungsraums an Vereine bleiben außer Betracht.

Die so ermittelten Gesamtkosten der Gebäude werden nun durch die Anzahl der in diesem Gebäude stationierten Fahrzeuge (Boxen) geteilt. Sind Fahrzeuge dauerhaft im Freien untergebracht bzw. verfügt eine Kommune über mehr Fahrzeuge als Stellplätze, müssen diese Stellplätze hinzugerechnet werden.

2.2.2.5. Korrektur der nicht fahrzeugbezogenen Kosten

In einem letzten Berechnungsschritt werden die für das gesamte Gebäude berechneten Aufwendungen (Abschreibungen, angemessene Eigenkapitalverzinsung, Unterhalt) sowie die Erträge in das Verhältnis zu den Nutzungsanteilen gesetzt.

Der Anschaffungswert des Gebäudes, die Abschreibung, die angemessene Eigenkapitalverzinsung, die Nebenkosten und die gebäudebezogenen Erträge sind dabei jeweils um den Anteil der nicht fahrzeugbezogenen Aufwendungen zu vermindern. Diese Korrektur ist notwendig, um zu verhindern, dass die auf die personenbezogenen Anteile des Gebäudes entfallenden Aufwendungen den

fahrzeugbezogenen Aufwendungen zugerechnet werden. Dies betrifft beispielsweise Mannschaftsräume, Besprechungsräume, Duschen und Toiletten. Die Bemessung des Anteils nicht fahrzeugbezogener Aufwendungen muss am gewichteten Durchschnitt aller feuerwehrbezogenen Gebäude der Kommune erfolgen. Dabei kann vereinfachend davon ausgegangen werden, dass die Anteile an den Baukosten den Anteilen an der Bruttogrundfläche entsprechen. Hintergrund dieser Vereinfachung ist die Tatsache, dass es in den meisten Gemeinden unmöglich sein dürfte, die Baukosten nachträglich aufzuschlüsseln. Außerdem erscheint die Bruttogeschossfläche ein sachgerechter Maßstab zu sein, da sie die Wertverhältnisse besser als das Kriterium des umbauten Raums wiedergibt.

Die Arbeitsgruppe erachtet es daher grundsätzlich als zulässig, die Anteile anhand der Verhältnisse der jeweiligen Bruttogrundflächen zu bemessen. Weichen die wirklichen Wertverhältnisse – etwa aufgrund einer besonders hochwertigen Ausstattung in einen Bereich – deutlich ab, so sind die wirklichen Wertverhältnisse zugrunde zu legen.

Beispiel: Eine Kommune verfügt über ein Feuerwehrgerätehaus. Davon entfallen 600 m² auf Mannschaftsräume, einen Besprechungsraum, den Raum der Jugendfeuerwehr etc. 600 m² Bruttogeschossfläche entfallen auf die Fahrzeugstellplätze, die Werkstatt, das Lager und auf sonstige den Fahrzeugen und Geräten dienliche Räume. Die gebäudebezogenen Aufwendungen werden daher zu 50 Prozent den Fahrzeugen zugerechnet. Im Beispiel heißt dies, dass von den 314.333,40 Euro Gesamtaufwendungen 157.166,70 Euro in die Gebühren für die Fahrzeuge einbezogen werden. Bei Stellplätzen für 10 Fahrzeuge belaufen sich die jährlichen fahrzeugbezogenen Kosten pro Fahrzeug auf 15.716,67 Euro.

2.2.3. Fahrzeugbezogene Aufwendungen

Die fahrzeugbezogenen Kosten einschließlich der Beladung werden grundsätzlich ebenso wie die gebäudebezogenen Kosten ermittelt. Grundlage der Berechnung ist die Gesamtheit aller Fahrzeuge eines Typs. Berücksichtigt werden der Anschaffungswert, die Zuschüsse Dritter, die jährliche Abschreibung, der Prozentsatz der kommunalspezifischen angemessenen Eigenkapitalverzinsung und die fixen Kosten – z. B. Steuern und Versicherung – und der Fahrzeuge. Die Höhe der Abschreibung ergibt sich aus der Bilanz. Die Dauer der Abschreibung kann sich an der Bindungsfrist nach Abschnitt 6 bzw. Anlage 2 Nr. 1.1 der Brandschutzförderrichtlinie vom 5.1.2015 (StAnz. S. 143) orientieren, wenn nicht aufgrund der Verhältnisse vor Ort eine kürzere Abschreibung angemessen ist. Dies betrifft insbesondere die Berufsfeuerwehren.

Auf Grundlage dieser Daten werden die Eigenkapitalverzinsung und die Wartungskosten errechnet. Die Wartung wird aufgrund der Erfahrungen und der Berechnungen der in der Arbeitsgruppe vertretenen Feuerwehren mit jährlich 5 Prozent des Anschaffungswertes bemessen. Dieser Wert entspricht den Erfahrungswerten.

Hinweis: Bei Fahrzeugen, von denen in der Kommune eine größere Anzahl verwendet wird, ist es möglich, anstelle der Berechnung auf Grund aller Fahrzeuge auf Basis eines typischen Fahrzeugs zu rechnen.

Beispiel: Eine Drehleiter inklusive Beladung wurde für 690.000 Euro ohne Zuschuss des Landes angeschafft. Die jährliche Abschreibung beträgt nach der hier typischen Nutzungsdauer 27.600 Euro.

Auf Grundlage einer angemessenen Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 2,88 Prozent errechnet sich nach der Durchschnittswertmethode eine jährliche angemessene Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 15.465,50 Euro. Die Wartungskosten betragen pauschal 34.500 Euro. Die sonstigen fixen Kosten betragen 452 Euro. Somit errechnen sich fahrzeugbezogene Kosten in Höhe von 82.424 Euro im Jahr.

2.2.4. Zusammenfassung von gebäudebezogenen und fahrzeugbezogenen Kosten

Im dritten Schritt sind die jeweilig anfallenden gebäudebezogenen und fahrzeugbezogenen Kosten zu addieren.

Die jährlichen Gesamtkosten einer Drehleiter setzen sich in dem hier gebildeten Beispiel aus einem gebäudebezogenen Ansatz in Höhe von 15.716,31 Euro und dem fahrzeugbezogenen Ansatz in Höhe von 78.017,60 Euro zusammen. Die Gesamtkosten betragen somit 93.733,91 Euro. Ein Kommandowagen ist naturgemäß preiswerter, da die jährlichen Kosten des Fahrzeuges geringer sind.

Wenn dieser Schritt der Berechnung abgeschlossen ist, liegen für alle in der Gemeinde/Stadt relevanten und im Gebührenverzeichnis aufgeführten Fahrzeuge die jeweiligen Jahresgesamtkosten vor.

Hinweis: Zur Prüfung der Ergebnisse bietet es sich an, an dieser Stelle die Summen der gebäudebezogenen und die Summe der fahrzeugbezogenen Aufwendungen mit den jeweiligen Werten des Haushalts abzugleichen. Auch wenn die haushaltsrechtliche Betrachtung und die gebührenrechtliche Betrachtung aufgrund der unterschiedlichen Zielrichtungen nicht deckungsgleich sind, ist eine größere Differenz doch erklärungsbedürftig. Ebenso kann geprüft werden, ob die Berechnungen bis zu diesem Punkt plausibel sind.

2.3. Teiler Einsatzstunden

Das Satzungsmuster verwendet die Zahl der Einsatzstunden jedes Fahrzeug- und Gerätetyps als Teiler für die Kosten. Es kommt daher darauf an, wie viele Einsatzstunden das durchschnittliche Fahrzeug eines Typs jährlich absolviert. Naturgemäß treten dabei erhebliche Unterschiede zwischen häufig genutzten Fahrzeugen, z. B. TSF, und selten genutzten Fahrzeugen, z. B. Feuerwehrboote auf.

Konkret wird die Zahl der im entsprechenden Erfassungssystem der jeweiligen Feuerwehr als Zahl der Einsatzstunden gespeicherte Zahl verwendet. Das heißt, in die Zahl der Einsatzstunden fließen auch alle nicht gebührenpflichtigen Einsätze ein. Für die erstmalige Berechnung der Feuerwehrgebühren sollten die Einsatzstunden der letzten drei Jahre herangezogen werden. Aufgrund der nach fünf Jahren durchzuführenden Neukalkulation der Gebühren ist es empfehlenswert, beständig auf eine umfassende Dokumentation der Einsätze zu achten.

Dabei sind zwei Fälle zu unterscheiden:

- Liegt die Zahl der Einsatzstunden eines Fahrzeugtyps unter dem landesweiten Mittelwert der Freiwilligen Feuerwehren, so ist für jeden Fahrzeugtyp der landesweite Mittelwert der Einsatzstunden der Freiwilligen Feuerwehren als Teiler zu verwenden.

- Liegt die Zahl der Einsatzstunden eines Fahrzeugtyps über dem landesweiten Mittelwert der Freiwilligen Feuerwehren, so ist mit der tatsächlichen Zahl der Einsatzstunden zu rechnen.

2.3.1. Zur Verwendung des Teilers Einsatzstunden

Im Gegensatz zu der bis zum 1.12.2009 geltenden Fassung des HBKG stellt das Zweite Gesetz zur Änderung des Hessischen Gesetzes über Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz vom 18.11.2009 in § 61 Abs. 2 Satz 1 auf die der Feuerwehr bei Erfüllung ihrer Aufgaben entstandenen Kosten ab.

Nach der vorherigen Fassung des HBKG stellte § 61 Abs. 2 Satz 1 HBKG auf die durch den Einsatz der Feuerwehr entstandenen Kosten ab. Die Rechtsprechung leitete aus dieser Formulierung des Gesetzes ab, dass es sich nur um die konkreten Kosten des Einsatzes handeln könne. Daher mussten die gerätebezogenen Kosten auf das gesamte Jahr verteilt werden und anteilig dem jeweiligen Einsatz zugeordnet werden. Teiler der Kosten war die Zahl der Jahresstunden (zuletzt VGH Kassel, Urteil vom 22.7.2008, Az. 5 B 6/08, NVWZ-RR 2008, 785). Diese Entscheidungen des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes entsprachen einer allgemeinen Tendenz der Rechtsprechung, die die insoweit vergleichbaren Feuerwehrgesetze der einzelnen Bundesländer restriktiv auslegten (zuletzt VGH Mannheim, Beschluss vom 16.11.2010, Az. 1 S 2402/09).

Dieser Rechtsprechung hat der Gesetzgeber durch die Änderung des HBKG die Grundlage entzogen. Ausdrückliches Ziel der Gesetzesänderung war es, den Kommunen eine die Kosten der Erfüllung der Aufgabe umfassende Gebührenerhebung zu ermöglichen. Der Gesetzgeber wollte bewusst von der Rechtsprechung abweichen (Diegmann/Lankau: Hessisches Brand- und Katastrophenschutzrecht, 8. Auflage, § 61 Rn. 5; Risch: HBKG, § 61 Rn. 64 ff.; vgl. auch VG Freiburg, Urteil vom 20.10.2009, Az. 3 K 2369/08, Rn. 33 zitiert nach Juris). Nach der Formulierung des HBKG kommt es nicht mehr auf die Kosten des konkreten Einsatzes, sondern auf die Kosten der Aufgabenerfüllung an.

Die Entscheidung des Gesetzgebers, die gesamten Kosten der Feuerwehr als Grundlage der Gebührenbemessung zu verwenden, wird durch den in § 61 Abs. 5 Satz 2 HBKG enthaltenen Verweis auf § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 KAG deutlich. Die Feuerwehr wird aufgrund der Entscheidung des Gesetzgebers als eine Benutzungsgebühren im Sinne des KAG erhebende Einrichtung betrachtet. Nach § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 KAG sind daher alle Kosten der Einrichtung in die Gebührenbemessung einzubeziehen und auf die Gebührenpflichtigen umzulegen (so auch VG Kassel, Urteil vom 7.4.2016, Az. 6 K 447/12 KS, zitiert nach juris Rn. 41, 47).

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der bisherigen Rechtsprechung die Grundlage entzogen wurde. Vielmehr ist nunmehr mit der Zahl der Einsatzstunden zu rechnen.

Die Zahl der Einsatzstunden bildet zuverlässig das Maß der Nutzung der gemeindlichen Einrichtung Feuerwehr ab. Die Tätigkeit einer Feuerwehr zentriert sich

auf den konkreten Einsatz. Die Arbeitsgruppe erachtet es daher als zulässig, die Einsatzstunden als Teiler zu verwenden.

Daher ist die Zahl der jährlichen Einsatzstunden der einzige im Sinne des HBKG in Verbindung mit § 10 Abs. 2 Satz 1 und 2 KAG nutzbare Maßstab zur Berechnung der Gebührenhöhe (VG Kassel, Urteil vom 7.4.2016, Az. 6 K 447/12 KS, zitiert nach juris Rn. 41). Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die Kommune auch bei dieser Berechnung einen erheblichen Teil der Kosten des Brandschutzes trägt. Zum einen werden nicht alle Aufwendungen für den Brandschutz in die Berechnung einbezogen. Zum anderen werden die auf nach § 61 Abs. 1 und Abs. 6 HBKG gebührenfreien Einsätze entfallenden Einsatzzeiten zwar in die Berechnung des Teilers einbezogen, die darauf entfallenden Kosten werden jedoch von der Kommune getragen. Schließlich erfolgt eine Korrektur der Gebührenhöhe im Hinblick auf die Zumutbarkeit.

Allerdings kann die Bemessung der Gebühren auf Basis der jährlichen Einsatzstunden in einzelnen Fällen zu nicht sachgerechten Ergebnissen führen. So ist an eine Situation zu denken, in der ein Einsatzmittel nur sehr selten – im Extremfall nur ein einziges Mal im Jahr für eine Stunde – zum Einsatz kommt. In diesem Fall müssten eigentlich die gesamten Jahreskosten in die Höhe des Stundensatzes einfließen. Dies ist nicht sachgerecht (VG Lüneburg, Ur. vom 9.11.2016 – Az. 5 A 185/15 –, juris Rn. 43). Daher verwendet dieses Satzungsmuster einen Mindestteiler (dazu siehe 2.3.2 Der landesweite Mittelwert als Mindestteiler).

2.3.2. Der landesweite Mittelwert der Einsätze Freiwilliger Feuerwehren

Der landesweite Mittelwert der Zahl der Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren errechnet sich aus den vom EDV-System Florix gestellten Werten.

Für die Berechnung wurden die vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport zur Verfügung gestellten Tabellen der Jahresstatistik Brandschutz, allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz der Jahre 2015, 2016 und 2017 verwendet.¹

Konkret wurden der Statistik die gesamten Einsatzzahlen und die Gesamtzahl der Einsatzstunden für alle Landkreise in Hessen für die Jahre 2017, 2016 und 2015 entnommen. Nicht einbezogen wurden die Einsatzzahlen und Einsatzstunden die in den Städten mit einer Berufsfeuerwehr oder den Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern angefallen sind, die in der Statistik separat ausgewiesen werden Diese Werte sind für die Situation in einer durchschnittlichen kreisangehörigen Kommune nicht repräsentativ. Ergebnis der Analyse sind die Einsatzzahlen der freiwilligen Feuerwehren in Hessen in Städten die über weniger als 50.000 Einwohner verfügen.

Damit ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	2015	2016	2017
Zahl der Einsätze	35.992	35.973	36.891

¹ Die vollständigen Tabellen liegen der Geschäftsstelle des Hessischen Städtetages vor und können dort im Bedarfsfall angefordert werden. Einen Überblick über den Jahresbericht Brandschutz, allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz bietet ein Artikel im Heft 6/2018 der Zeitschrift Florian des HMdIS.

Zahl der kreisangehörigen Gemeinden	414	414	414
Zahl der Einsätze pro Gemeinde	86,94	86,89	89,11
Durchschnittliche Einsatzdauer	1,43 Stunden	1,72 Stunden	1,49 Stunden
Durchschnittliche Zahl der Einsatzstunden	124,40	150,01	132,50

Auf dieser Basis errechnet sich eine durchschnittliche Zahl von 135,66 Einsatzstunden pro Gemeinde.

Um jedoch zu verhindern, dass die Gebührenschuldner durch eine zu niedrige Annahme der durchschnittlichen Einsatzdauer in zu hohem Maße herangezogen werden, hat die Arbeitsgruppe einen Sicherheitszuschlag in Höhe von 5 Prozent als angemessen erachtet. Dieser Sicherheitszuschlag deckt mögliche Fehleingaben ab, die sich zu Lasten des Gebührenschuldners auswirken. Fehleingaben die sich zu Gunsten des Gebührenschuldners auswirken, erfahren keine Korrektur.

Somit errechnet sich ein landesweiter Mittelwert der Freiwilligen Feuerwehren in Höhe von: **142 Einsatzstunden und 26 Einsatzminuten im Jahr.**

2.3.3. Der landesweite Mittelwert als Mindestteiler

Das Berechnungsmodell sieht vor, dass der Teiler für alle Fahrzeugtypen zumindest der landesweite Mittelwert ist.

Dieser Mindestteiler dient dazu, die Einsätze von Feuerwehrgeräten mit sehr wenigen Einsätzen nicht übermäßig gebührenintensiv werden zu lassen (VG Lüneburg, Urt. vom 9.11.2016 – Az. 5 A 185/15 –, juris Rn. 42 ff.). Andernfalls würde im Extremfall – ein einziger Einsatz in einem Jahr – eine unzumutbare Gebühr errechnet werden. Die Zahl der Einsätze schließt sowohl die gebührenpflichtigen als auch die gebührenfreien Einsätze ein.

Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Mindestteiler pro Fahrzeugtyp beachtet werden muss. Es kann daher dazu kommen, dass Städte und Gemeinden für eine Vielzahl häufig eingesetzter Fahrzeugtypen jeweils individuelle Einsatzzahlen als Teiler verwenden, für Feuerwehrboote, Kranwagen oder andere seltener genutzte Fahrzeugtypen jedoch den landesweiten Mittelwert als Teiler heranziehen. Dieser Wert gibt gleichsam eine Grenze der Zumutbarkeit an und kann insoweit gleichermaßen für alle selten genutzten Fahrzeuge verwendet werden. Dies gilt unabhängig davon, ob das selten genutzte Fahrzeug eine TSF in einer kleinen Gemeinde oder ein Kran in einer Großstadt ist.

2.3.4. Zwischenergebnis

Zwischenergebnis dieses Berechnungsschrittes sind die Stundenkosten je Fahrzeug- und Gerätetyp. Dieser Wert bildet alle in die Berechnung einbezogenen Aufwendungen der Kommune ab.

Beispiel: Da die Drehleiter in der Beispielkommune weniger als 142,44 Stunden im Jahr im Einsatz ist, wird der landesweite Mindestteiler verwendet. Aus den jährlichen Gesamtkosten errechnen sich somit Kosten in Höhe von 689,20 Euro je Stunde.

2.4. Der Eigenanteil der Kommunen

Der soeben ermittelte Wert berücksichtigt nicht, dass die Feuerwehr auch dann hätte vorgehalten werden müssen, wenn in dieser Zeit kein gebührenpflichtiger Einsatz erfolgt wäre. Der Gesetzgeber hat daher in § 61 Abs. 5 Satz 1 HBKG festgelegt, dass die Gebührenhöhe die Vorteile der Allgemeinheit angemessen berücksichtigen muss. In der Gesetzesbegründung wurde festgelegt, dass die Vorteile der Allgemeinheit in Höhe von 20 Prozent Berücksichtigung finden müssen (LT-Drs. 18/856, Seite 33). Diese Festlegung hat der parlamentarische Gesetzgeber in seinen Willen aufgenommen (siehe Protokoll der Sitzung des Innenausschusses vom 3.9.2009, Abg. Peuser, S.12).

Eine Berücksichtigung des Vorhalteinteresses der Allgemeinheit kann es begriffslogisch nur in den Fällen geben, in denen eine Vorhaltung erfolgt. Daher ist dieser Abschlag nur bei Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten vorzunehmen. Personalkosten sind im Gegensatz dazu immer auf den konkreten Einsatz bezogen, da nur Lohnersatz bzw. bei hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen die auf die Einsatzzeit bezogenen Kosten anfallen.

Beispiel: Die stundenbezogenen Kosten der Drehleiter in Höhe von 689,00 Euro reduzieren sich daher auf 551,20 Euro je Stunde bzw. 137,80 Euro je 15 Minuten.

2.5. Anpassung der Ergebnisse

Abhängig von der Zahl der Einsätze und der vor Ort gegebenen Kostenstruktur können die in den vorangegangenen Berechnungsschritten ermittelten Kosten für einen Fahrzeug- und Gerätetyp sehr hoch sein.

Übermäßig hohe Gebühren sind aus mehreren Gründen anzupassen: Zum einen besteht die Gefahr, dass eine sinnvolle Alarmierung der Feuerwehr aus Furcht vor einer hohen Gebühr unterbleibt. Ein derartiges Verhalten ist im Hinblick das Ziel des HBKG und die möglicherweise für Menschenleben bestehende Gefahr nicht hinnehmbar. Die zugrunde liegenden Befürchtungen dürfen vom Gebührenrecht nicht genährt werden. Zum anderen ist gemäß § 10 Satz 2 HGO bei der Bemessung der Abgaben auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen Rücksicht zu nehmen.

Schließlich sieht auch § 93 Abs. 2 Nr. 1 HGO vor, dass Verpflichtung der Kommunen zur Erhebung von Entgelten nur insoweit besteht, als diese vertretbar und geboten ist. Auch wenn in dieser Frage grundsätzlich ein strenger Maßstab anzulegen ist, so ist doch anerkannt, dass von der kostendeckenden Gebührenerhebung abgewichen werden kann. Dies wird insbesondere bei Einrichtungen angenommen, die nicht einem bestimmten Personenkreis, sondern der Allgemeinheit zur Verfügung stehen (Rauscher in: Schneider/Dressler/Lüll: Hessische Gemeindeordnung, § 93 Nr. 5 c). Dies ist bei der Feuerwehr – die der Allgemeinheit umfassend zur Verfügung steht – der Fall. Daher erscheint eine Reduktion der Gebühren vertretbar und geboten.

Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe bietet es sich an, die Höhe der Gebührensätze an der bislang – das heißt vor der Änderung der Rechtsprechung – üblichen Gebührenhöhe zu orientieren. Bei dieser Gebührenhöhe ist es in der Vergangenheit nicht zu Problemen bezüglich der Bereitschaft zur Alarmierung der Feuerwehr gekommen.

Die Höhe dieser historischen Gebühren ist allerdings an die Inflationsrate anzupassen, da eine nominale Übertragung der im Jahr 2012 üblichen Gebührenhöhen dem Kaufkraftverlust nicht Rechnung tragen würde. Die Inflation der Jahre 2012 bis 2018 betrug in der Summe 9,34 % Prozent (Veränderung des Verbraucherpreisindex in den Jahren 2012 bis 2018, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Preise/Verbrauchserpreisindizes/Tabellen/_VerbraucherpreiseKategorien.html aufgerufen am 10.1.2019).

Eine Rundung der Ergebnisse sollte erst in diesem Schritt erfolgen und ist zu dokumentieren (VG Göttingen, U.v. 19.11.2014, Az. 3 A 368/13, zitiert nach juris, Rn. 19).

Beispiel: Die um den Anteil der Allgemeinheit verringerten stundenbezogenen Kosten der Drehleiter in Höhe von 551,20 Euro je Stunde bzw. 137,80 Euro je 15 Minuten. Werden unter dokumentierte Abwägung des fiskalischen Interesses der Gemeinde, der erwarteten Auswirkungen auf die Alarmierungsbereitschaft sowie der Belastbarkeit der Gebührenschuldner/innen auf 300 Euro je Stunde / 75 Euro je 15 Minuten reduziert.

3. Personalkosten

Bei den Personalkosten ist zwischen den Aufwendungen für die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen und den Aufwendungen für hauptamtliche Feuerwehrbeamte zu unterscheiden. Für die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen werden landesweit einheitliche Werte vorgeschlagen.² Bei den hauptamtlichen Feuerwehrbeamten ist dies nicht möglich.

² Methodischer Hinweis: Die Berechnung weicht von der zuvor verwendeten Berechnung deutlich ab. Ursache hierfür ist die Tatsache, dass die Arbeitsgruppe jetzt auf die vollständige Fassung des Jahresberichtes Brandschutz, Allgemeine Hilfe und Katastrophenschutz zugreifen konnte. Daraus ergab sich die Möglichkeit, viele Daten zu berechnen, die zuvor geschätzt werden mussten.

3.1. Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige

Die Arbeitsgruppe empfiehlt aus Gründen der Gerechtigkeit und der Verwaltungsvereinfachung von der in § 61 Abs. 5 Satz 1 HBKG vorgesehener Pauschalierung Gebrauch zu machen.

3.1.1. Hintergrund der Pauschalierung

Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige erhalten nach § 11 HBKG das weitergewährte Arbeitsentgelt sowie ggf. einen Aufwendungsersatz. Die Höhe der an den jeweiligen Feuerwehrangehörigen ausgezahlten Beträge ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig. Macht der Arbeitgeber den Ersatzanspruch nach § 11 Abs. 8 Satz 1 HBKG geltend, sind die Beträge erheblich höher, als wenn ein Feuerwehrangehöriger ohne Beschäftigung lediglich einen Pauschalbetrag § 11 Abs. 8 Satz 5 HBKG erhält.

Wenn auf die tatsächlich für einen konkreten Einsatz angefallenen weitergewährten Arbeitsentgelte bzw. Pauschalbeträge abgestellt würde, hätte dies zur Folge, dass die Höhe der Gebühren von verschiedenen Zufällen abhängt. Erfolgt ein Einsatz zur Nachtzeit, sind die Gebühren erheblich geringer (HessVGH, Beschluss vom 22.7.2008, AZ. 5 6/08, zitiert nach Juris Rn. 6). Auch wäre die Gebührenhöhe von der Verdienststruktur der am Einsatz beteiligten Feuerwehrangehörigen abhängig. Diese Vorgehensweise ist den Gebührenschuldern nicht vermittelbar. Sie ist darüber hinaus nicht administrierbar, da die konkrete Höhe der für einen Einsatz anfallenden Aufwendungen erst dann feststeht, wenn alle Anträge auf Erstattung des weitergewährten Arbeitsentgelts gestellt wurden bzw. mit weiteren Anträgen nicht zu rechnen ist. Dies würde die Erstellung der Feuerwehrgebührenbescheide erheblich verzögern. Darüber hinaus liefe eine solche auf die Kosten des konkreten Einsatzes zentrierte Betrachtungsweise der Intention des Gesetzgebers zuwider, der in § 61 Abs. 2 Satz 1 HBKG unter bewusster Abkehr von der vorherigen Rechtslage auf die der Feuerwehr bei Erfüllung ihrer Aufgaben entstandenen Kosten abstellt (siehe hierzu 2.3.1 S. 26 f.). Schließlich ist eine derart individuelle Kostenberechnung dem deutschen Recht fremd. Weder allgemeine Verwaltungskosten noch z.B. Gerichtskosten werden nach dem konkreten Verdienst der handelnden Beamten oder Richter erhoben.

3.1.2. Hintergrund der landesweiten Pauschalierung

Grundsätzlich ist es möglich, die Gebührenhöhe für eine Personalstunde eines ehrenamtlichen Angehörigen einer Feuerwehr in jeder Kommune individuell zu berechnen. Diese Berechnung dürfte jedoch in vielen Kommunen daran scheitern, dass die dafür notwendigen Daten entweder nicht vorhanden sind oder nicht in hinreichend großem Umfang bereitstehen. Hinzu kommt, dass derzeit einige Arbeitgeber davon absehen, das weitergewährte Arbeitsentgelt gegenüber der Kommune geltend zu machen. Die vorhandenen Daten beschränken sich daher auf eine eventuell nicht repräsentative Menge der privaten Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen.

Daher schlägt die Arbeitsgruppe vor, anstelle einer individuellen Erhebung in den jeweiligen Kommunen mit landesweiten Werten zu arbeiten. Dies konnte die

Arbeitsgruppe von der Landesfeuerweherschule erfahren. Da die Fortbildungsteilnehmer der Landesfeuerweherschule aus allen Teilen des Landes Hessen stammen und die unterschiedlichsten Funktionen in den jeweiligen Feuerwehren innehaben, kann davon ausgegangen werden, dass die Fortbildungsteilnehmer eine landesweit typische Struktur abbilden. Es ist zu vermuten, dass diese Typizität auch für die Höhe des weitergewährten Arbeitsentgelts gilt.

Methodisch ist dabei zwischen der Verdienstaussfallentschädigung und den Personalsachkosten zu differenzieren.

3.1.2.1 Verdienstaussfallentschädigung

Zum Zweck der vertieften Untersuchung hat die Arbeitsgruppe bei der Landesfeuerweherschule die verfügbaren Daten zur Struktur der Lehrgangsteilnehmer abgefragt. Daten lagen für die Jahre 2016, 2017 und 2018 vor. In diesen Jahren besuchten zwischen 8.134 und 8.662 Personen die Hessische Landesfeuerweherschule. Von diesen stammten im Durchschnitt der drei Jahre 39,76 % dem gewerblichen Bereich. Hierzu gehörten auch Schüler, Studenten, Hausfrauen und Männer sowie Erwerbslose. Auf diese entfielen im Durchschnitt 20.217 Lehrgangsteilnehmertage. Für diese Teilnehmer/-innen wurde durchschnittlich ein Verdienstaussfall in Höhe von 160,22 Euro pro Tag erstattet. Die übrigen Teilnehmer sind Angehörige des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter/innen der Berufsfeuerwehren oder haben aus anderen Gründen keinen Antrag auf Erstattung der Lohn- bzw. Gehaltsfortzahlung gestellt.

Der von der Landesfeuerweherschule gezahlte Betrag pro Tag ergibt bei einer 40 Stunden Woche 20,02 Euro pro Stunde. Bei einer geringeren wöchentlichen Arbeitszeit wäre die Verdienstaussfallentschädigung je Stunde entsprechend höher. Unter der Maßgabe, dass auch Personen die keinen Verdienstaussfall geltend machen, eine ähnliche Verdienststruktur aufweisen bzw. bei Angehörigen des öffentlichen Dienstes Aufwendungen durch die notwendige Verlagerung der Arbeiten entstehen, ergibt sich ein Wert in Höhe von 20,02 Euro je Stunde.

Dieser Wert in Höhe von 20,02 Euro gilt nur für Einsätze, bei denen eine Verdienstaussfallentschädigung anfallen kann. Dies betrifft Einsätze während der Arbeitszeit und nächtliche Einsätze, die eine Erholungsphase am nächsten Werktag nach sich ziehen.

Ausweislich der Einsatzstatistik der Jahre 2015, 2016 und 2017 stehen hessenweit insgesamt 39.939 Einsätze zur Tagzeit insgesamt 67.453 Einsätzen zur Nachtzeit und am Wochenende gegenüber.³ Damit beträgt der Anteil der Tag-Einsätze rund 37,19 %. Der Anteil der Einsätze in der Nacht und am Wochenende beträgt hingegen rund 62,81 %.

³ Methodischer Hinweis: Die Gesamtzahl der Einsätze bezieht sich auf die hier relevanten kreisangehörigen Gemeinden. Dienstleistungseinsätze wurden nicht berücksichtigt.

Die Arbeitsgruppe schätzt, dass in ca. 50 % aller Einsätze die in der Nachtzeit und am Wochenende doch eine Verdienstaufschüßigung nach sich ziehen. Dies kann sich etwa daraus ergeben, dass die Feuerwehrangehörigen ihre berufliche Tätigkeit relativ früh beginnen oder spät beenden, daraus dass einzelne Feuerwehrangehörige in der Nacht oder am Wochenende arbeiten oder dass nach einem Einsatz eine Erholungsphase notwendig ist.

Damit sind 68,6 % aller Einsätze berücksichtigungsfähig. Die durchschnittliche Höhe der Verdienstaufschüßigung ist daher um 31,4 % zu verringern. Die Arbeitsgruppe stellt daher fest, dass in 31,4 Prozent aller Einsätze keine Verdienstaufschüßigung anfällt.

In Übereinstimmung mit der zur vorherigen Fassung des HBKG ergangenen Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes ist die Arbeitsgruppe der Ansicht, dass sich die Höhe der durchschnittlichen Gebühren je Angehörigem der Freiwilligen Feuerwehr entsprechend des Anteils der Einsätze in der Freizeit ermäßigt (HessVGH, Beschluss vom 22.7.2008, Az. B 6/08, Rn. 6 – zitiert nach Juris). Daher ist der errechnete Verdienstaufschüß in Höhe von 20,02 Euro je Stunde um 31,4 Prozent zu reduzieren. Somit errechnet sich eine Gebührenhöhe von 13,74 Euro pro Person und Stunde.

3.1.2.2. Personalsachkosten

Nach der Rechtsprechung können diese Sach- und Vorhaltekosten bei der Bemessung der Gebühren für die Feuerwehrangehörigen berücksichtigt werden. (Beschluss des VG Gießen vom 6.1.2011, Az. 8 L 2835/10 Gi). Für die Kosten schlägt die Arbeitsgruppe ebenfalls einen landeseinheitlichen Wert vor. Dies ist auch möglich, da die Personalsachkosten in sehr hohem Umfang einheitlich vorgegeben sind. So ist die Schutzkleidung ebenso wie die zu absolvierende Fortbildung durch die Hessische Feuerwehrbekleidungs- und Dienstgradeverordnung landeseinheitlich geregelt. Ebenso gibt die Feuerwehrdienst- und Reisekostenaufwandsentschädigungsverordnung einen einheitlichen Rahmen für die Entschädigung der Funktionsträger vor. Auch die medizinischen Untersuchungen sind durch die Standards der Unfallversicherung vorgegeben. Schließlich sind auch die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung und zur zusätzlichen Versicherung landesweit gleich.

Die Arbeitsgruppe schätzt die Höhe dieser landesweit einheitlichen Personalsachkosten auf 115 Euro. Weitere Personalsachkosten, die nur in einzelnen Städten und Gemeinden anfallen, sind demgegenüber nur von geringer Bedeutung.

Aus der Einsatzstatistik der Jahre 2015, 2016 und 2017 ergibt sich, dass im Jahr 2015 in den hier relevanten kreisangehörigen Kommunen 66.992 Feuerwehrangehörige insgesamt 386.470 Einsatzstunden leisteten. Im Jahr 2016 leisteten 66.348 Feuerwehrangehörige insgesamt 471.048 Einsatzstunden im Jahr 2017 waren es schließlich 65.670 Feuerwehrangehörige und 484.534 Einsatzstunden. Daraus ergibt sich, dass die durchschnittliche Einsatzzeit eines einzelnen Feuerwehrangehörigen zwischen 5,77 Stunden jährlich (im Jahr 2015) und

7,38 Stunden jährlich (2017) betrug. Im Mittel der drei Jahre war der durchschnittliche Feuerwehrangehörige pro Jahr 6,743 Stunden mit Einsätzen beschäftigt.

Verteilt man die Personalsachkosten von 115 Euro pro Jahr auf die durchschnittlichen 6,743 Einsatzstunden pro Jahr, so errechnen sich Personalsachkosten in Höhe von 17,05 Euro pro Person und Stunde. Von diesem Wert nimmt die Arbeitsgruppe einen Abschlag in Höhe von 20 % für das Vorhalteeinteresse der Gemeinde nach § 61 Abs. 5 S. 2 HBKG vor. Zusätzlich wird ein weiterer Abschlag in Höhe von 5 % zur Absicherung gegen methodische Unsicherheiten vorgenommen. Damit ist nahezu ausgeschlossen, dass sich eventuelle Fehler der Statistik zu Lasten der Gebührenpflichtigen auswirken. Durch die beiden Abzüge verringern sich die Personalsachkosten auf 12,96 Euro pro Stunde.⁴

3.1.2.3 Zwischenergebnis

Insgesamt errechnet sich ein landesweit durchschnittlicher Gebührensatz für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr in Höhe von 26,70 Euro. Zur besseren Berechnung wird der Betrag auf 26,40 Euro je Stunde bzw. auf 6,60 Euro je 15 Minuten abgerundet.

Die Arbeitsgruppe verzichtet bewusst darauf, die personalbezogenen Gebäudekosten in die Berechnung einzubeziehen. Dies ist rechtlich möglich, führt aber dazu, dass die Höhe der Gebühr je Angehörigem der Freiwilligen Feuerwehr für jede Kommune individuell zu errechnen ist.

Die von der Arbeitsgruppe empfohlene Höhe der Feuerwehrgebühren für ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr wurde in der Vergangenheit von der Rechtsprechung einhellig akzeptiert (VG Kassel, Urteil vom 7.4.2016, Az. 6 K 447/12.KS, zitiert nach juris Rn. 38; VG Kassel, Urteil vom 9.11.2017, Az. 7 K 1876/16. KS, zitiert nach juris Rn. 32; VG Kassel, Urteil vom 9.11.2017, Az. 7 K 1876/16. KS, zitiert nach juris Rn. 32).

3.2. Hauptamtliche Angehörige der Feuerwehr

Bei hauptamtlichen Angehörigen der Feuerwehr ist es notwendig, die in der Kommune tatsächlich anfallenden Personalkosten individuell zu errechnen. Zur Berechnung empfiehlt die Arbeitsgruppe die Verwendung des beiliegenden Formulars. Dieses trennt die hauptamtlichen Angehörigen der Feuerwehren in Angehörige des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes auf. Eine tiefer gehende Untergliederung erfolgt aus Erwägungen des Solidaritätsgedankens und aus praktischen Gründen nicht.

Die für die Berechnung der Stundensätze notwendigen Angaben können beim Personalamt erfragt werden. Für die Berechnung können die beiliegenden Arbeitsblätter verwendet werden. Die so errechneten Jahresgesamtpersonalkosten je Angehörigem der Feuerwehr werden durch die Jahresarbeitsstunden einer

⁴ Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass eine Verprobung anhand der realen Werte ausgewählter Kommunen erfolgte. Berücksichtigt wurden die Kommunen Hünfeld und Kronberg.

Normalarbeitskraft im Feuerwehrbereich nach dem KGSt-Gutachten 2/2003 in Höhe von 1.608 Stunden und 56 Minuten geteilt. Nach Einschätzung der Arbeitsgruppe gibt dieser von der KGSt auf Grundlage einer bundesweiten Untersuchung erhobene Wert ein realitätsgetreues Bild von der nach Abzug von Urlaub, Feiertagen und Krankheitstagen durchschnittlich zur Verfügung stehenden Arbeitszeit.

Wenn einzelne Gebäude ausschließlich oder deutlich überwiegend den Angehörigen der Berufsfeuerwehr zugeordnet sind, ist es möglich, die gebäudebezogenen Aufwendungen den Personalkosten zuzurechnen. In diesem Fall würden ebenfalls die Jahresarbeitsstunden einer Normalarbeitskraft im Feuerwehrbereich als Teiler verwendet werden.

3.3. Einsätze mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr

Kommen in einer Kommune sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Angehörige der Feuerwehr zum Einsatz, empfiehlt die Arbeitsgruppe, in der Feuerwehrgebührensatzung einheitliche Gebührenhöhen festzusetzen. Die Festsetzung einer einheitlichen Gebührenhöhe, die nicht zwischen hauptamtlichen Angehörigen der Feuerwehr und ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr trennt, entspricht dem Solidaritätsgedanken. Einwohnerinnen und Einwohner sollen keine Vor- oder Nachteile erfahren, wenn ein Einsatz zufällig von ehren- oder hauptamtlichen Angehörigen der Feuerwehr durchgeführt wurde.

Daher sollte die Kommune ermitteln, welchen Anteil der Einsätze von ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr geleistet wird und diesen anteilig in die Berechnung der Gebührenhöhe einfließen lassen. Eine statistische Grundlage liegt mit der Einsatzstatistik vor. Die Rechtsprechung akzeptiert die Kalkulation aufgrund des Anteils an den Einsätzen (VG Kassel, Urteil vom 9.11.2017, Az. 7 K 1876/16. KS, zitiert nach juris Rn. 32).

Beispiel: In einer Kommune verteilen sich die innerhalb des Anforderungsprofils mittlerer Dienst geleisteten Einsatzstunden zu 30 Prozent auf die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen und zu 70 Prozent auf die hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen. Aus den Stundensätzen von 26,40 Euro bzw. in dieser Stadt 52,80 Euro errechnet sich eine durchschnittliche Gebührenhöhe von 44,80 Euro je Stunden.

4. Pauschalsätze

Für relativ häufige Arten von Einsätzen, bietet es sich an, eine Pauschale vorzusehen. Bei Verwendung dieser, wird der Verwaltungsaufwand im beiderseitigen Interesse gering gehalten.

4.1. Pauschalsätze für Falschalarme von Brandmeldeanlagen

Falschalarme – die zu einem wesentlichen Teil von Brandmeldeanlagen verursacht werden – machen einen erheblichen Anteil der Einsätze der Feuerwehr aus. Es empfiehlt sich zur Vereinfachung der Verwaltungsabläufe mit Pauschalen zu arbeiten. Diese Pauschalen müssen in jeder Kommune individuell festgelegt werden.

Keinesfalls darf eine Situation entstehen, in der die Pauschale höher ist als die Gebühren für die Summe der typischerweise zum Einsatz kommenden Fahrzeuge und Personen (VG Koblenz; Urt. v. 9.1.2018, Az. 3 K 376/17.KO, zitiert nach juris, Rn. 42 f.).

Die Höhe der Pauschale dürfte nach Berechnungen der Arbeitsgruppe hessenweit etwa vergleichbar sein. Dies ergibt sich daraus, dass die Fahrzeuge in größeren Städten aufgrund der höheren Auslastung weniger hohe Gebühren verursachen, die Personalkosten aber höher sind, während in einer kleineren Freiwilligen Feuerwehr eine umgekehrte Struktur besteht.

Da ein Falschalarm im Durchschnitt zu einer Einsatzzeit von 34 bis 44 Minuten führt, kann die Berechnung der Pauschale nicht auf einen einstündigen Einsatz abstellen. Die Höhe der Pauschale ist entsprechend zu reduzieren.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher unter Berücksichtigung der Preisentwicklung seit dem Jahr 2012 einen Betrag in Höhe von 500 bis 7000 Euro als Richtwert für einen Pauschalsatz für einen Falschalarm. Eine Abweichung von diesem Pauschalsatz kann nur dann empfohlen werden, wenn die Kosten- oder die Einsatzstruktur vom Normalfall deutlich abweicht.

Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass die Höhe der Pauschale nicht höher als die Summe der einzelnen Bestandteile liegen darf. Wenn eine Kommune eine Untergliederung der Falschalarme kennt, muss sie die Gebühren entsprechend anpassen.

4.2. Weitere Pauschalsätze

Es ist denkbar, weitere Pauschalsätze vorzusehen. Diese Pauschalsätze sollten in ihrer Höhe nicht über der Summe der einzelnen Fahrzeuge, Geräte und Personalkosten liegen. Wird auf einen von den 15 Minuten abweichenden Zeitraum abgestellt, sollte ein Sicherheitsabschlag vorgenommen werden.

Eine Pauschale bietet sich etwa für die sogenannten unechten Brandmeldeanlagen (Kommunikationsmittel mit automatischer Ansage oder Meldungen von Sicherheitsunternehmen im Sinne des § 61 Abs. 3 Nr. 3 HBKG) an. Allerdings ist auch bei diesen Pauschalen strikt darauf zu achten, dass die Kosten höchstens die Höhe der Summe der einzelnen Einsatzmittel erreichen. Die Erhebung von Strafgebühren ist nicht zulässig (VG Göttingen, NST-N 2015 S. 60, 61).

5. Gesamtbetrachtung zur Kostentragung

Nach der Rechtsprechung können die in einer Feuerwehrgebührensatzung festgelegten Gebührensätze trotz einer fehlerhaften Kalkulation Bestand haben, wenn die Gebühren unterhalb der Grenze der Kostendeckung festgelegt wurden bzw. diese nur geringfügig überschreiten (HessVGH, Beschluss vom 22.7.2008, Az. B 6/08, Rn. 7 – zitiert nach Juris).

Die Arbeitsgruppe weist daher darauf hin, dass die nachfolgenden Kosten der Feuerwehr aus Gründen der Vereinfachung der Berechnung nicht in die Kalkulation

der Gebührenhöhe einbezogen wurden. Insofern entsteht zwangsläufig eine Gebührenunterdeckung, die der Kommune im Falle eines Verwaltungsrechtsstreits eine zusätzliche Sicherheit gibt.

Nicht einbezogen wurden folgende Positionen:

- personenbezogene Gebäudekosten,
- Ausbildungskosten,
- Brandschutzerziehung,
- Jugendfeuerwehr,
- Alters- und Ehrenabteilung,
- Ausbildungszeiten,
- Overhead der Freiwilligen Feuerwehren,
- Erstellung von Gebührenbescheiden (bei Freiwilligen Feuerwehren),
- Widerspruchsverfahren (bei Freiwilligen Feuerwehren),
- Gerätewartung (bei Freiwilligen Feuerwehren),
- Anteile der Kommunen an den Leitstellenkosten (entweder direkt oder über die Kreisumlage getragen),
- Über die Kreisumlage getragene Kosten des Brandschutzes für Kreisbrandinspektoren, Kreisausbilder etc.,
- Sonstige über den Haushalt des jeweiligen Landkreises abgewickelte Kosten des Brandschutzes.

Vier wesentliche Punkte sollen jedoch besonders herausgehoben werden.

Zum einen erfolgt die Berechnung der Personalkosten für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr auf Basis einer Arbeitswoche zu 40 Stunden. Diese ist außerhalb des öffentlichen Dienstes jedoch nicht mehr der Normalfall. Die meisten tariflichen Arbeitszeiten sehen eine geringere Stundenzahl vor. Dementsprechend ist die durchschnittliche Höhe der Verdienstausschüttung tendenziell zu niedrig angesetzt. Auch bei den Personalsachkosten wurde ein Sicherheitsabschlag vorgenommen.

Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass bei der durchschnittlichen Einsatzdauer ein Sicherheitszuschlag in Höhe von 5 Prozent vorgesehen wurde. Dieser wirkt sich auf den landesweiten Mindesteiler aus und entlastet insofern die Gebührenpflichtigen in allen Kommunen, in denen die Zahl der Einsätze unterhalb des landesweiten Durchschnitts liegt.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass ein wesentlicher Anteil aller Einsätze der Feuerwehr nicht gebührenpflichtig ist, da es sich um Einsätze handelt, die der Gesetzgeber von der Gebührenpflicht ausgenommen hat. Dies betrifft in erster Linie Brandeinsätze.

Schließlich muss bedacht werden, dass ein erheblicher Teil der gebäudebezogenen Aufwendungen außer Betracht bleibt. Die auf die von den Angehörigen der Feuerwehr genutzten Räume entfallenden Kosten des Gebäudes werden weder den Fahrzeugen noch den Personalkosten zugerechnet. In den meisten Kommunen dürfte diese

Position etwa 50 Prozent der Gebäudekosten ausmachen und somit in der Summe erheblich sein.

Es ist den Kommunen daher zu empfehlen, den konkreten Kostendeckungsgrad der örtlichen Feuerwehr zu ermitteln. Die hierfür notwendigen Angaben können zumeist bei der Kämmerei erfragt werden und sind – abhängig von der Struktur des lokalen Haushalts – aus den Aufwendungen und Erträgen des Produktes Brandsicherheit ersichtlich. In diesem Zusammenhang ist auf den Beschluss des VG Gießen vom 6.1.2011 (Az. 8 L 2835/10 Gi) hinzuweisen, in dem das Gericht betont, dass bei einer geringen Kostendeckungsquote und der konkreten Gebührenhöhe im streitgegenständlichen Fall keine Zweifel an der Gesetzmäßigkeit der Gebührenhöhe bestehen. Ebenso stellt auch das VG Kassel auf die Unterdeckung im Bereich Brand- und Katastrophenschutz ab (VG Kassel, Urteil vom 7.4.2016, Az. 6 K 447/12 KS, zitiert nach juris 49).

Hinweise für Kommunen mit eigener Zuständigkeit für den vorbeugenden Brandschutz

Kommunen mit Zuständigkeit für den vorbeugenden Brandschutz können das Satzungsmuster ebenfalls verwenden. Allerdings sind folgende Änderungen notwendig:

In der Präambel ist die Rechtsgrundlage des § 15 Abs. 7 HBKG zusätzlich zu erwähnen.

In § 2 ist ein zusätzlicher Absatz einzufügen:

(4) Gebührenschuldner bei Gefahrenverhütungsschauen sind die Eigentümerinnen und Eigentümer, Besitzerinnen und Besitzer, Antragstellerinnen und Antragsteller sowie sonstige Nutzungsberechtigte von baulichen Anlagen nach § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung (HBO) in der jeweils geltenden Fassung.

Entsprechend verschiebt sich die Nummerierung des folgenden Absatzes.

In § 3 ist ein zusätzlicher Absatz zu ergänzen:

(5) Für die Berechnung der Gebühr für eine Gefahrverhütungsschau (§ 2 Abs. 4) werden die Gebühren für die Zeit der Vor- und Nachbereitung der Gefahrverhütungsschau und die Begehung des Objektes nach § 3 Abs. 2 berechnet. Für die An- und Abfahrt wird eine Pauschale gemäß des Gebührenverzeichnisses erhoben.

Entsprechend verschiebt sich die Nummerierung des folgenden Absatzes.

In § 5 ist ein zusätzlicher Absatz zu ergänzen:

(3) Die Gebühr für eine Gefahrverhütungsschau entsteht mit Beginn der Vorbereitung einer Gefahrverhütungsschau.

Das Gebührenverzeichnis ist wie folgt zu ergänzen:

9.	Gebühren für Leistungen im Vorbeugenden Brand- und Gefahrenschutz	
9.1	Gefahrenverhütungsschau / Wiederkehrende Prüfungen	
	Vorbereitung GVS	
	GVS	
	GVS in Objekten der Ziffern 3,5,6,7,12, 24 u. 28 § 1 Abs. 2 GVSVO	

	Nachschau	
	Ortsbesichtigung	
	An- und Abfahrt pauschal	
9.2	Beratungen / Stellungnahmen / Beurteilungen	
	Beratung / Stellungnahme / Beurteilung	
	An- und Abfahrt pauschal	
9.3	Unterricht und Ausbildung	
	Unterrichtsvorbereitung	
	An- und Abfahrt pauschal	
	Ausbildung / Schulung	
	Verbrauchsmaterial / Unterrichtsmaterial pauschal	
9.4	Aufschaltung und Abnahme von Brandmeldeanlagen	
	Erstaufschaltung Brandmeldeanlage (erste Stunde kostenfrei)	
	Weitere Aufschaltertermine / Abnahmen an einer bestehenden BMA-Anlage	
	Sonstige notwendige Arbeiten an einer BMA	
	An- und Abfahrt pauschal	

Erläuterung

Zu § 2 Abs. 4

§ 2 Abs. 4 ist eine optionale Regelung. Diese Regelung ist nur für Kommunen sinnvoll, die über ein eigenes Bauaufsichtsamt verfügen. Kommunen, die über kein eigenes Bauaufsichtsamt verfügen und an einer Gefahrverhütungsschau des zuständigen Landkreises beteiligt werden, machen ihre Kosten nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 des Satzungsmusters gegenüber dem Landkreis geltend, der entsprechende Auslagen gegenüber dem Gebührenpflichtigen anfordert. Ob die Kommune in diesem Fall ihre Kosten in Rechnung stellen, hängt entscheidend vom Umfang der geltend gemachten Kosten ab.

§ 2 Abs. 4 der Satzung nimmt Bezug auf den Begriff der baulichen Anlage nach § 2 Abs. 1 HBO. Diese Norm ist nachfolgend in der ab 7.7.2018 geltenden Fassung wiedergegeben.

§ 2 Abs. 1 HBO lautet:

Bauliche Anlagen sind mit dem Erdboden verbundene, aus Bauprodukten hergestellte Anlagen. Eine Verbindung mit dem Erdboden besteht auch dann, wenn die Anlage durch eigene Schwere auf dem Erdboden ruht oder auf ortsfesten Bahnen begrenzt beweglich ist oder wenn die Anlage nach ihrem Verwendungszweck dazu bestimmt ist, überwiegend ortsfest genutzt zu werden. Als bauliche Anlagen gelten:

1. Aufschüttungen und Abgrabungen,
2. Lager-, Abstell- und Ausstellungsplätze,
3. Sport- und Spielflächen,
4. Camping-, Zelt- und Wochenendplätze,
5. Freizeit- und Vergnügungsparks,
6. Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellplätze für Fahrräder,
7. Gerüste,
8. Hilfseinrichtungen zur statischen Sicherung von Bauzuständen.

Zu § 3 Abs. 5

§ 3 Abs. 5 regelt die Gebühren für die Gefahrverhütungsschau oder andere Tätigkeiten des vorbeugenden Brandschutzes. Diese werden ebenfalls nach Zeit abgerechnet. Allerdings hat sich die Arbeitsgruppe dazu entschieden, im Gebührenverzeichnis eine eigenständige Gebührensiffer vorzusehen. Damit kann der Vergütungsstruktur des vorbeugenden Brandschutzes besser Rechnung getragen werden. Aus Gründen der Vereinfachung wird die Erhebung der Fahrtkosten pauschaliert.

Zu § 5 Abs. 3

Bei der Gefahrverhütungsschau soll die Gebühr mit dem Beginn der Vorbereitung entstehen. Damit entsteht eine Forderung auch dann, wenn eine Gefahrverhütungsschau vorbereitet wurde aber aus vom Gebührenschuldner zu vertretenden Gründen nicht zustande kommt.

Hinweis für Kommunen mit eigener Zuständigkeit für die Brandmeldeempfangszentrale

Kommunen die für den Betrieb der zentralen Leitstelle zuständig sind und die nach § 60 Abs. 7 HBKG können das Satzungsmuster ebenfalls verwenden. Sie müssen allerdings eine Reihe von Anpassungen vornehmen:

In der Präambel muss zusätzlich auf § 60 Abs. 7 HBKG verwiesen werden.

In § 2 ist ein zusätzlicher Absatz einzufügen.

(5) Gebührenschuldner für die Kosten die aus dem Betrieb einer Brandmeldezentrale entstehen, sind die Aufgeschalteten, auf deren Verlangen oder in deren Interesse die Leistung erbracht wurde.

Entsprechend verschiebt sich die Nummerierung des folgenden Absatzes.

Das Gebührenverzeichnis ist um die nachfolgende Position zu ergänzen

	Monatliche Kosten für die Aufschaltung auf eine Brandmeldeanlage	
--	--	--

Gebührenverzeichnis zur Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen

Nr.	Beschreibung	Gebühr je 15 Minuten <small>(gerundet)</small>
1	Personalgebühren	
1.1	Brand und allgemeine Hilfeleistungseinsätze je Einsatzkraft	6,60 € (6,00 €)
1.2	Brandsicherheitsdienst je Einsatzkraft	6,60 € (6,00 €)
1.3	Dauert ein Einsatz ohne Unterbrechung mehr als vier Stunden, so sind die Auslagen für die Verpflegung der eingesetzten Feuerwehrangehörigen zu erstatten.	
2	Fahrzeuggebühren (einschl. Anhänger)	
2.1	Einsatzleitwagen	
	Einsatzleitwagen ELW 1	23,00 €
	Kommandowagen (Ford Kuga)	5,50 € (11,00 €)
	Kastenwagen (Ford-Transit-Connect)	10,50 €
	Mannschaftstransportfahrzeug (MTF)	9,50 € (10,00 €)
2.2	Tragspritzenfahrzeuge	
	TSF	14,00 € (12,00 €)
2.3	Löschgruppenfahrzeuge	
	LF 10/6 / LF 10	35,50 €
	HLF 20/16	48,00 € (45,00 €)
	HTLF	45,50 € (39,00 €)
2.4	Gerätewagen-Gefahrgut	
	GW-G 2	40,50 € (36,00 €)
2.5	Gerätewagen	
	Gerätewagen Nachschub GW-N	12,50 € (12,00 €)
	GW-Logistik	6,00 €
2.6	Wechseladerfahrzeuge u. Abrollbehälter (Löschwasser)	
		7,00 €
2.7	Anhänger (Ehringshausen/Nord -Dreisbach -)	
		6,50 €
3.	Einsatzbedingtes Prüfen und Reinigen	
3.1	Reinigen und Prüfen der persönlichen Ausrüstung	Die Reinigung und Prüfung im Einsatz gebrauchter persönlicher Ausstattungsgegenstände werden nach dem Reinigungs- und Prüfaufwand berechnet. Erforderliche Ersatzbeschaffungen werden dem Gebühren- und Auslagenschuldner in Rechnung gestellt.
3.2	Reinigen und Desinfizieren einschl. Prüfen von Vollschutzanzügen	Reinigung und Desinfektion im Einsatz gebrauchter Vollschutzanzüge werden nach Reinigungs- und Prüfaufwand berechnet.

Gebührenverzeichnis zur Feuerwehrgebührensatzung der Gemeinde Ehringshausen

Nr.	Beschreibung	Gebühr je 15 Minuten <small>(gerundet)</small>
		Erforderliche Ersatzbeschaffungen werden dem Gebühren- und Auslagenschuldner in Rechnung gestellt.
3.3	Prüfen, Waschen, Trocknen von Schläuchen bzw. Schlauchreparatur	Nach zeitlichem Aufwand des eingesetzten Personals.
3.4	Prüfung sonstiger Geräte und Einrichtungen	Die Prüfung sonstiger Geräte und Einrichtungen wird nach dem Zeit- bzw. Prüfaufwand des eingesetzten Personals berechnet.
4.	Kosten für den Einsatz von Fremdpersonal und -gerät, Ölbinde-, Säurebinde- und Schaummitteln, Entsorgung und Auslagen	
	Für die entstehenden Aufwendungen, etwa für den Einsatz von Personal oder Geräten von Dritten, werden die der Gemeinde in Rechnung gestellten Beträge nach Maßgabe des § 4 Abs. 1 der Satzung zugrunde gelegt.	
5.	Gebühren für besondere Leistungen	
	Falschalarm Brandmeldeanlage	600,00 € (550,00 €)
6.	Missbräuchliche Alarmierung	
	Gebühren für die missbräuchliche Alarmierung im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 2 Nr. 5 der Satzung werden nach ausgerückten Fahrzeugen und Zeit-, Material- sowie Personalaufwand gemäß Gebührenverzeichnis berechnet.	
7.	Gebühren in sonstigen Fällen	
	Für besondere, nicht in der Gebührensatzung aufgeführte Leistungen, werden die Gebühren nach ausgerückten Fahrzeugen und dem tatsächlichen Zeit-, Material, und Personalaufwand gemäß Gebührenverzeichnis berechnet.	

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-20/2019	
Datum	05.12.2019
Aktenzeichen	60/I
Sachbearbeiter	

Gemeinde Ehringshausen

Rathausstraße 1, 35630 Ehringshausen
Tel: 06443-6090, Fax: 06443-60912

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevorstand der Gemeinde Ehringshausen	09.12.2019	beschließend
Bau- und Umweltausschuss	16.12.2019	beschließend
Haupt - und Finanzausschuss	16.12.2019	beschließend
Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen	19.12.2019	

Betreff:

1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung

Sachdarstellung:

Der § 52 der Hessischen Bauordnung regelt die Stellplatzpflicht bei Bauvorhaben. Nach § 52 Abs. 1 HBO obliegt die Forderung der Kfz-Stellplatzpflicht der eigenverantwortlichen Entscheidungsgewalt der Gemeinden. Die Stellplatzpflicht (für Kfz) entsteht damit grundsätzlich erst durch eine kommunale Stellplatzsatzung.

Anders verhält es sich aufgrund der HBO-Novelle 2018 nun bei Fahrradabstellplätzen. Die Verpflichtung zur Herstellung von Abstellplätzen (für Fahrräder) tritt nach § 52 Abs. 5 HBO kraft Gesetzes ein. Die Gemeinden sind allerdings befugt, vom Gesetz abweichende Regelungen zu treffen.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber entschieden, dass ab dem 07.06.2019 die Bauherrschafft bis zu einem Viertel der notwendigen Stellplätze für Kfz durch die Schaffung von Abstellplätzen für Fahrräder ersetzen kann (§ 52 Abs. 4 HBO).

Auch diese Regelung kann durch die Gemeinde vollständig ausgeschlossen oder modifiziert werden.

Die Muster-Stellplatzsatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sieht in § 5 grundsätzlich einen vollständigen Ausschluss dieser Ersetzungsbefugnis vor.

Vorgeschlagen wird deshalb, folgenden Paragraphen in den Satzungstext der Stellplatzsatzung der Gemeinde Ehringshausen nach § 4 einzufügen:

§ 4a

Ersetzung notwendiger Stellplätze durch Abstellplätze für Fahrräder

Die Anwendung des § 52 Abs. 4 Satz 1 und 2 HBO wird ausgeschlossen.

b) **Beschlussvorschlag „der Verwaltung“ für den Gemeindevorstand:**

Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung, die als Anlage beiliegende 1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung der Gemeinde Ehringshausen zu beschließen.

c) **Beschluss des Gemeindevorstandes**

wird in der Sitzung bekannt gegeben

Finanzielle Auswirkungen:

Stellungnahme der Finanzverwaltung
1. Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzverwaltung:
2. Auswirkungen auf die Bilanz:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die nachfolgende 1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung der Gemeinde Ehringshausen:

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2018 (GVBl. S. 291) sowie der §§ 52, 86 Abs. 1 Nr. 23 und 91 Abs. 1 Nr. 4 der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen in ihrer Sitzung am die folgende

1. Satzung zur Änderung der Stellplatzsatzung der Gemeinde Ehringshausen

beschlossen:

Art. 1

§ 4a wird neu eingefügt:

§ 4a

Ersetzung notwendiger Stellplätze durch Abstellplätze für Fahrräder

Die Anwendung des § 52 Abs. 4 Satz 1 und 2 HBO wird ausgeschlossen.

Art. 2

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
VL-21/2019	
Datum	05.12.2019
Aktenzeichen	
Sachbearbeiter	Vorsitzender der Gemeindevertretung Herr Bell

Gemeinde Ehringshausen

Rathausstraße 1, 35630 Ehringshausen
Tel: 06443-6090, Fax: 06443-60912

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen	19.12.2019	beschließend

Betreff:

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Sachdarstellung:

Antrag des Vorsitzenden der Gemeindevertretung

Sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, der Hessische Städte- und Gemeindebund hat sich an die Vorsitzenden der Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenverbände gewendet, mit der Bitte dieses Plädoyer in die Gemeindevertretungen einzubringen und zu beschließen es zu unterzeichnen.

In seinem Schreiben benennt der Geschäftsführende Direktor des HSGB, Herr Schelzke zwei wesentliche und wichtige Gründe sich diesem Plädoyer anzuschließen, die ich auch persönlich teile:

1. Wir zeigen nach außen, dass wir gegen jede Form von Demokratiefindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung eintreten.
2. Wir bekennen uns intern dazu, in **unserer** Gemeindevertretung keine persönlichen Angriffe, Verunglimpfungen, Erniedrigungen zu verwenden beziehungsweise zuzulassen.

Ich wende mich auch an alle Nutzer der sogenannten „sozialen Netzwerke“. Hier scheint sich ja geradezu eine Brutstätte für die Verbreitung von Hass und Hetze entwickelt zu haben. Überlegen sie genau welchen Post sie sich mit einem „Daumen hoch“ oder einem „Gefällt mir“ manchmal vorschnell zu Eigen machen.

Das Anschreiben des HSGB und das “Hessische Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ sind angefügt.

Auch wenn die fünf Kernaussagen des Plädoyers für jeden anständigen Demokraten eine Selbstverständlichkeit sind oder sein sollten, bekommen sie doch durch unser öffentliches Bekenntnis dazu nochmal besonderes Gewicht und Verbindlichkeit.

Ich bitte sie daher um breite Zustimmung zu diesem Antrag. Damit zeigen wir, wie wir extern und intern gemeinsam miteinander umgehen.

Finanzielle Auswirkungen:

Stellungnahme der Finanzverwaltung

1. Auswirkungen auf die Ergebnis- und Finanzverwaltung:
2. Auswirkungen auf die Bilanz:

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“ beizutreten.

Der Vorsitzende wird beauftragt, dieses Plädoyer im Namen der Gemeindevertretung Ehringshausen zu unterzeichnen.

Anlage(n):

1. HSGB hessisches Plädoyer
2. Hessisches Plädoyer

Hessischer Städte- und Gemeindebund e.V.

Verband der kreisangehörigen Städte und Gemeinden

Geschäftsführender Direktor



Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

An die
Stadtverordnetenvorsteher/innen und
Vorsitzenden der Gemeinde-
vertretungen der Mitgliedskommunen
im Hessischen Städte- und Gemeinde-
bund

Dezernat 1

Referent(in) Herr Klotz
Unser Zeichen bk

Telefon 06108/6001-0

Telefax 06108/600157

E-Mail: hsgb@hsgb.de

Durchwahl 6001 - 35

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Datum 30.10.2019

Hessisches Plädoyer

Sehr geehrte Damen und Herren,

"Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie", unter diesem Leitsatz steht das "Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben", eine eindringliche Erklärung, mit der sich im Mai 2019 Vertreter/innen eines sehr breiten Spektrums der hessischen Zivilgesellschaft an die hessische Öffentlichkeit gewandt haben. 48 Erstunterzeichner/innen, darunter führende Persönlichkeiten aus Verbänden und Institutionen, kommunalen Spitzenverbänden, Religionsgemeinschaften und Kirchen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wohlfahrt, Sport, Kunst und Kultur haben hier ein Zeichen gesetzt: Für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft, die Unterschiede und Vielfalt als Reichtum begreift. Gegen Diskriminierung und Hetze.

Unserem Aufruf im Juni 2019, das Plädoyer in die Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen einzubringen, sind schon eine große Zahl von Vorsteher/innen gefolgt. Dafür möchten wir uns im Namen von allen Beteiligten am Plädoyer bedanken.

Nach außen zeigen die Kommunen, die das Plädoyer unterzeichnen, dass sie gegen jeder Form von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegentreten. Man denke nur an die landesweiten Reaktionen auf den Anschlag in Halle.



Uns ist es wichtig, dass das Plädoyer auch eine Innenwirkung in der Stadtverordnetenversammlung/die Gemeindevertretung hat. Denn die zunehmend gereizte Stimmung in der Gesellschaft macht auch vor den Rathäusern nicht halt. Art und Stil der politischen Auseinandersetzung haben sich in unserer Beobachtung vielerorts dramatisch verändert. Hier kann das Plädoyer ein gemeinsames Bekenntnis sein, keine persönlichen Angriffe, Erniedrigungen und Verunglimpfungen in der Kommunalpolitik zu akzeptieren.

Von daher halten wir es für unbedingt erforderlich, hier im Sinne des Schutzes unserer lokalen Demokratie aktiv zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Karl-Christian Schelzke'.

Karl-Christian Schelzke
Geschäftsführender Direktor

Anlage

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie

Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.“

Richard von Weizsäcker

1. Die Würde des Menschen zu schützen ist Sinn der Demokratie. „Die Menschenwürde ist unantastbar“ - dieser Grundsatz ist die erste und oberste Norm unseres demokratischen Staates. Er unterliegt einem absoluten Schutzgebot. Er ist Leitgedanke allen staatlichen Handelns und des gesellschaftlichen Zusammenlebens und ist nach allem, was durch Deutsche an Unmenschlichkeit und Hass geschehen ist, nicht verhandelbar. Es geht um das Recht auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit und um Freiheit als Kern der Menschenwürde, aber auch um Gleichheit, Respekt und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Unsere Unterschiede und unsere kulturelle Vielfalt begreifen wir als Chance und Reichtum.
2. Gegenwärtig findet eine dramatische politische Verschiebung statt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig geworden. Was gestern noch undenkbar war und als unsagbar galt, wird derzeit Realität. Viele Teile Europas sind von einer nationalistischen Stimmung, von Ausgrenzung und Entsolidarisierung erfasst. Widerspruch wird gezielt als realitätsfremd diffamiert, solidarisches Handeln von einzelnen Regierungen kriminalisiert. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und demokratischer Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt.
3. Wir treten für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft ein und wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage von Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit fördern. Wir treten jeder Form von Demokratiefindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und Erniedrigung entgegen. Wir wollen noch stärker als bisher die Anerkennung von Verschiedenheit mit dem Engagement gegen Ungleichheit verbinden, in Deutschland, in Europa und weltweit.
4. Wir setzen uns ein für ein offenes, demokratisches und solidarisches Europa, das der zunehmenden sozialen Ungleichheit stärker als bisher entgegenarbeitet. Wir verteidigen das Recht auf Leben und das Recht auf Schutz und Asyl. Wir engagieren uns für ein Europa, das sich auch seinem kolonialen Erbe stellt und seiner Verantwortung für eine solidarische Weltgesellschaft gerecht wird. Gerade in der Zeit der Krise gibt es keinen anderen Weg als die Solidarität zwischen den Menschen.
5. Wir wollen beitragen zu einem zukunftsfähigen Verständnis unserer Demokratie, das sich für bisher ausgeschlossene Menschen öffnet. Wir wollen neu verhandeln, was ein gutes demokratisches Miteinander ausmacht – ohne zum Beispiel Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte auszuschließen. Wir setzen uns für eine demokratische und gewaltfreie Streitkultur ein. Und wir schreiten ein, wenn die Grenzen eines guten, fairen und demokratischen Miteinanders verletzt werden.

Wir verpflichten uns, einen Diskussionsprozess zur Weiterentwicklung unserer Demokratie anzustoßen und mitzutragen. Dabei stehen wir ein für Ehrlichkeit – auch gegenüber Fehlern, die im Miteinander einer sich schnell verändernden Gesellschaft gemacht werden. Wir sehen dieses Hessische Plädoyer als Auftakt eines Prozesses. Wir wünschen uns, dass sich eine breite demokratische Mehrheit unseres Landes daran beteiligt.

Rede Einbringung Haushalt 2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren Gemeindevertreter,

der Haushaltsentwurf 2020 wurde vom Gemeindevorstand verabschiedet und wird Ihnen heute zur Beratung vorgelegt.

Vor einem Jahr konnte ich Ihnen einen Haushalt vorlegen, der keine Steuererhöhungen und auch keine Neuverschuldung vorsah. Im Gegenteil: Wir konnten Schuldenabbau in Höhe von über 1 Million Euro betreiben. Die Situation hat sich in der Zwischenzeit leider geändert.

Aufgrund von kurzfristigen Steuereinbrüchen im Bereich der Gewerbesteuer wurde bereits im September mit einem Nachtragshaushalt für das Jahr 2019 reagiert. Das geplante positive Ergebnis konnte nicht mehr dargestellt werden.

An den geminderten Steuererträgen wird sich auch in 2020 nichts ändern.

Hier zeigt sich die große Abhängigkeit der Gemeinde Ehringshausen von der Gewerbesteuer. Hatten wir in den vergangenen Jahren regelmäßig ein Aufkommen von über 3 Millionen Euro, so beläuft sich die Kalkulation der Gewerbesteuer für 2020 aktuell auf 1.8 Millionen Euro und somit aber immerhin noch 100.000 Euro über dem angepassten Ansatz 2019.

Die Mechanismen des kommunalen Finanzausgleiches kommen in 2020 bei der Gemeinde Ehringshausen noch nicht zum Tragen. Die verminderte Steuerkraft macht sich erstmals in 2021 bemerkbar.

Die Planung des eingebrachten Haushaltes sieht daher einen Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 430.000 € vor.

Das ordentliche Ergebnis gilt allerdings im erweiterten Sinne als ausgeglichen, da in den vergangenen Jahren entsprechende Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildet werden konnten.

Die Erträge in Höhe von rd. 19 Mio. € wurden vorsichtig kalkuliert. Gerade durch das kürzlich verabschiedete Landesprogramm „Starke Heimat Hessen“ ist mit erhöhten Zuweisungen für die Kinderbetreuung zu rechnen.

Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer wurde der Finanzplanungserlass vom 07.11.2019 zu Grunde gelegt. Dieser Erlass wurde Ende November überholt. Die Änderungen des Erlasses betreffen den Gemeindeanteil an der

Umsatzsteuer. Hier wird nun doch eine positivere Entwicklung als noch Anfang November prognostiziert.

Diese und mögliche andere Änderungen werden in den Haushaltsberatungen im Januar wie gewohnt ihre Berücksichtigung finden.

Nun ein Blick auf den Finanzhaushalt, also auf die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen der Gemeinde.

Auch dieser stellt sich 2020 ausgeglichen dar. Der Zahlungsmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beläuft sich auf rd. 500.000 € und liegt somit über der geplanten ordentlichen Tilgung in Höhe von 250.000 €.

Das ist zwar auf den ersten Blick positiv, doch ein Vergleich mit den Jahren 2016 bis 2018 macht deutlich, dass die Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit deutlich geschrumpft sind.

Im genannten Zeitraum konnten jährlich im Schnitt rd. 1.7 Millionen Euro erwirtschaftet werden, Geld mit dem wir sinnvolle Investitionen umgesetzt haben ohne die Gemeinde neu zu verschulden.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen ausschließlich über diese Einzahlungen und Zuweisungen ist in 2020 leider nicht mehr möglich.

Es ist daher eine Darlehensaufnahme in Höhe von 1.030.000 Euro veranschlagt.

Bei Beibehaltung der bisherigen Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer würde der Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit deutlich geringer ausfallen.

Das Zahlenwerk sieht eine Erhöhung der Grundsteuer A und B auf 420% und bei der Gewerbesteuer auf 380% vor. (Grundsteuer A bisher 330%, Grundsteuer B bisher 365% und Gewerbesteuer bisher 360%)

Diese Anpassungen führen zu zusätzlichen Einzahlungen von rd. 250.000 € und verbleiben voll in der Gemeindekasse, da die aktuellen Nivellierungshebesätze für den kommunalen Finanzausgleich darunterliegen.

Die letzten Anpassungen der Grundsteuer A und B liegen 3 Jahre und bei der Gewerbesteuer bereits 5 Jahre zurück.

Einem Artikel der WNZ vom 03.12.2019 zu Folge belaufen sich die durchschnittlichen Hebesätze in Hessen bei der Grundsteuer B auf 460% und bei der Gewerbesteuer auf 385%.

Im Hinblick auf die Umsetzung der notwendigen Investitionen, sowie die Anpassung der Nivellierungshebesätze im Zuge einer möglichen Evaluierung des Finanzausgleichsgesetzes in 2022 ist eine Anpassung der Hebesätze geboten und erforderlich.

Den Anforderungen des § 106 HGO, die Vorhaltung eines Liquiditätspuffers, werden wir mit dem Zahlenwerk ebenfalls gerecht.

Trotz geplanter Darlehensaufnahme und Anpassung der Hebesätze verringert sich die Liquidität der Gemeinde zum 31.12.2020 um über 600.000 Euro.

Als größere Investitionen sind der geplante Kindergartenneubau im Baugebiet „Zehnetfrei“ und die Sanierung des Haverhill-Bades zu nennen. Für die zweitgenannte Maßnahme ist mit Zuweisungen aus dem Landesprogramm „SWIM“ zu rechnen.

Für den Kindergartenneubau gilt es abzuwarten, ob die Gemeinde eine Zuweisung aus dem Topf „Kinderbetreuungsfinanzierung“ erhält. Sollte dies nicht der Fall sein kommt zumindest eine Förderung nach dem Dorferneuerungsprogramm in Betracht.

Die geplante Maßnahme „Grundhafte Sanierung der Stegwiese“ ist in der Finanzplanung nunmehr für das Jahr 2021 vorgesehen. Entscheidend für die Umsetzung ist die Form der Finanzierungsdarstellung.

Einmalige Beiträge, wiederkehrende Beiträge oder Grundsteuerfinanzierung waren im abgelaufenen Jahr zwar oft auf der Tagesordnung der Gremien, eine Beschlussfassung hierüber ist allerdings bislang noch nicht erfolgt.

Auch ohne diese Maßnahme werden die Verwaltung und hier insbesondere das Bauamt mit einer Vielzahl von Investitionen beschäftigt sein.

Neben den laufenden und noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen aus dem Jahr 2019 kommen beispielsweise folgende Maßnahmen hinzu:

- Neubau Kindergarten Baugebiet Zehnetfrei
- Sanierung Haverhill-Bad
- Ersatzbeschaffung Fuhrpark Bauhof und Kläranlage 160.000 €
- Investitionen in die Wasserversorgung, Neubau eines Tiefbrunnens in Kölschhausen sowie Sanierung von Wasserleitungen insgesamt rd. 250.000 €
- Kanalsanierungen 100.000 €
- Grundkonzeption Abwasserbeseitigung

- Kanalbau zum BG „Borngraben/ Zehnetfrei“ 300.000 €
- Erschließung Baugebiet Chattenhöhe 150.000 €

Darüber hinaus sind auch größere Unterhaltungsarbeiten geplant, beispielsweise

- Balkonsanierung sowie Erneuerung der Fenster im Rathaus
- Sanierung von kommunalen Wohnungen
- Stadion und Sportplatzpflege
- Erneuerung der Brandmeldeanlage im Hallenbad
- Straßen- Asphaltreparaturen
- Sanierung der Friedhofsmauer in Dillheim

Die Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auch 2020 auf über 4 Millionen €.

Die Personalaufwendungen machen rd. 1/3 der ordentlichen Aufwendungen aus und liegen 2020 bei insgesamt rd. 6.4 Mio. Euro.

Die Liquiditätsplanung für 2020 stellt sich zwar durchweg positiv dar, um gegebenenfalls Investitionen vor zu finanzieren, bleibt der Höchstbetrag der Liquiditätskredite allerdings unverändert bei 1.5 Mio. €.

Künftig wird die Gemeinde Ehringshausen erstmals ein Verwarentgelt für ihr Guthaben bei den Hausbanken zahlen müssen. Ab dem 01.01.2020 beträgt dieses unter Berücksichtigung eines Freibetrages 0,5% des Guthabens.

Durch die geplante Darlehensaufnahme erhöht sich die pro Kopf Verschuldung der Gemeinde Ehringshausen um 110 € auf 330 €. Hiermit liegen wir immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der Lahn-Dill-Kreis Kommunen. Dieser lag 2019 bei rd. 1.000 €.

Meine Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für die Gemeinde Ehringshausen haben sich in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert. Nichts desto trotz stehen wir in der Pflicht unser Vermögen zu unterhalten und notwendige Investitionen voran zu treiben.

Gerade die 300.000 € teure Kanalbaumaßnahme Eisensteinweg schafft die Voraussetzung, das Baugebiet „Borngraben/ Zehnetfrei“ weiter voran bringen zu können.

Meine sehr verehrten Damen- und Herren, ich empfehle Ihnen diesen Haushalt zur Beratung in Ihren Fraktionen und stehe mit meiner Verwaltung für Fragen und Einladungen gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.